



Politische Bildung

Die Zukunft einer Profession

Tagungsdokumentation

Fachtagung am 25. September 2003 in Erfurt
die SCHOTTE. das theater



Arbeit und Leben
DGB/VHS

Arbeitskreis für
die Bundesrepublik
Deutschland e.V.

Arbeitsgemeinschaft
für politische Bildung

Politische Bildung

Die Zukunft einer Profession

Tagungsdokumentation

**Fachtagung am 25. September 2003 in Erfurt
die SCHOTTE. das theater**



Arbeit und Leben
DGB/VHS

**Arbeitskreis für
die Bundesrepublik
Deutschland e.V.**

**Arbeitsgemeinschaft
für politische Bildung**

Herausgeber:

ARBEIT UND LEBEN DGB/VHS

Arbeitskreis für die Bundesrepublik Deutschland e.V.
Arbeitsgemeinschaft für politische Bildung

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Deutschland

Fon: +49 - 211 - 43 01 - 150

Fax: +49 - 211 - 43 01 - 103

eMail: bildung@arbeitundleben.de

Internet: www.arbeitundleben.de

Verantwortlich: Theo W. Länge

Redaktion: Lothar Jansen

ISBN 3-926103-35-3

Inhalt

Eröffnung und Begrüßung 1

Theo W. Länge

Grußwort 3

Heinz Westkamp



Publikum

Die Evaluation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung 6

Prof. Dr. Achim Schröder

Karsten Fritz

Interview: Theo W. Länge

Mehr Bürgerinteresse durch neue Formate? – Marktanalyse zur politischen Bildung 13

Dr. Karsten Rudolf

Nachfragen: Dr. Helle Becker

Politische Bildung: Die Zukunft einer Profession – Streitgespräch 22

PD Dr. Klaus-Peter Hufer

Prof. Dr. Wolfgang Sander

Moderation: Dr. Helle Becker

Politische Jugendbildung als integrative Aufgabe im Kontext von Familie, Schule und Beruf 32

Renate Schmidt

Eröffnung und Begrüßung

Theo W. Länge – Bundesgeschäftsführer ARBEIT UND LEBEN

Politische Bildung fragt nach den Interessen und den Bedürfnissen der Menschen, nach den Werten, die dem Zusammenleben in einer Gesellschaft zu Grunde liegen, nach den Chancen und Möglichkeiten, sich in einen gesellschaftlichen Diskurs einzubringen, Teilhabe in den unterschiedlichen Subsystemen der Gesellschaft zu ermöglichen und bietet dafür auch das entsprechende Rüstzeug an.



Theo W. Länge

Bei zunehmender politischer Enthaltensamkeit von weiten Teilen der Bevölkerung, kommt nicht zuletzt die politische Bildung und ihre Wirksamkeit ins Gespräch. Von vielen politisch Verantwortlichen in Frage gestellt, hat sie sich ständig zu beweisen, auch wenn niemand die Bedeutung der politischen Bildung für eine demokratische gesellschaftliche Entwicklung grundsätzlich infrage stellt. Offen scheint in einer solchen Wirkungsdebatte aber schon zu sein, ob es am Ende um Nuancen nur in der Betrachtungsweise geht oder um eine grundsätzliche Neuorientierung der Profession. Wir haben dieses Thema gewählt, weil die politische Jugend- und Erwachsenenbildung zur Zeit evaluiert wird und die Ergebnisse dieser Evaluation den weiteren Diskurs um die politische Bildung sicherlich mitprägen werden.

Wir sind vor drei Jahren im Bereich der politischen

Jugendbildung aufgefordert worden als Trägereinrichtungen auf Bundesebene mit den JugendbildungsreferentInnen diesen Evaluationsprozess zu beginnen, der sich nun mit einer ersten Bestandsaufnahme dem Ende zuneigt. Erste Tendenzen und Ergebnisse können somit präsentiert werden.

Der zweite Ansatzpunkt für diese Fachtagung ist – wie gesagt – die Evaluation im Bereich der politischen Erwachsenenbildung. Nachdem nämlich klar war, dass die Jugendbildung evaluiert wird, hatte sich die KMK mit ihrer Arbeitsgruppe 'Fort- und Weiterbildung' ebenfalls dafür eingesetzt, einen derartigen Evaluationsprozess auch im Bereich der politischen Erwachsenenbildung zu beginnen und ein entsprechendes Vorhaben beim Bundesministerium für Bildung und Forschung beantragt. Auch diese Evaluation steht nun vor ihrem Abschluss.

Deshalb ist unser Tagungsprogramm auch daran orientiert, was sich nun an Evaluationsergebnissen oder Perspektiven andeutet aus dem Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Dazu haben wir Prof. Dr. Achim Schröder von der Fachhochschule in Darmstadt eingeladen und – abweichend vom Programm, nicht Prof. Dr. Lothar Böhnisch von der Technischen Universität Dresden, sondern einen sehr engagierten Mitarbeiter aus seinem Hause, nämlich Karsten Fritz, der aus den Überlegungen, die es in diesem Bereich 'politische Erwachsenenbildung' gibt, auch die eine oder andere Aussage einbringen wird.

Viele von uns sind sicherlich von der Marktanalyse zur politischen Bildung berührt gewesen, die Karsten Rudolf erstellt hat. Wir haben Karsten Rudolf zusammen mit Herrn Wicker eingeladen, der uns aus seiner Erhebung, die sich an die Bevölkerung gewandt und gefragt hat, was denn das Interesse unserer potenziellen Teilnehmerinnen und Teilnehmer ist, was sie sich an politischer Bildung wünschen und welche Formate dafür präferiert werden, berichten wird. Karsten Rudolf wird seine Thesen im Tagungsverlauf vortragen und Helle Becker, die ich auch herzlich begrüße, wird ein paar kritische Nachfragen dazu stellen.

Die Tagung abrunden möchten wir mit einem Streitgespräch. Eingeladen haben wir dazu Dr. Klaus-Peter Hufer, Fachbereichsleiter an der Volkshochschule Viersen und Privatdozent an der Universität Duisburg-Essen, und Prof. Dr. Wolfgang

Sander, Dozent an der Universität Gießen. Die beiden stehen in der aktuellen Diskussion für die unterschiedlichen, ja konträren Positionen zur Weiterentwicklung der politischen Bildung.

Der Bundesjugendministerin Renate Schmidt sind wir dankbar, dass sie zum Abschluss unserer Tagung das Wort an uns richten wird. Sie haben wir insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen

Debatte über die Kooperation von Schule und Jugendhilfe um einen Beitrag zum Thema ‚Politische Jugendbildung als integrative Aufgabe im Kontext von Familie, Schule und Beruf‘ gebeten.

Ich hoffe nun sehr auf aufschlussreiche und interessante Beiträge und wünsche uns allen neue Erkenntnisse in dem Klärungsprozess über die Perspektiven der politischen Bildung.

Grußwort

Heinz Westkamp – Bundesministerium für Bildung und Forschung

Sehr geehrter Herr Dr. Eich,
sehr geehrter Herr Länge,
sehr geehrte Damen und Herren,

zur Mitgliederversammlung und Fachveranstaltung des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN e.V. übermittle ich Ihnen die besten Wünsche für ein gutes Gelingen Ihrer Veranstaltung und für einen angenehmen Aufenthalt in Erfurt.



Heinz Westkamp

Das Thema Ihrer Veranstaltung „Politische Bildung: Die Zukunft einer Profession“ ist ein guter Anlass, den wichtigen Beitrag und Stellenwert der politischen Bildung für die Entwicklung der Demokratie in unserem Land zu reflektieren, das bisher Erreichte zu würdigen und Akzente für die weitere Arbeit zu setzen.

Politische Bildungsarbeit ist kein „Rand- oder Teilbereich“ der Bildung, sondern enthält den wesentlichen **Kern unserer Bildung**:

Stärkung und Prägung des Bewusstseins der Menschen für die tragenden Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft. Für Werte wie Solidarität, Gerechtigkeit, Gemeinwohl und persönliches Verantwortungsbewusstsein werden durch die politische Bildung Grundlagen gelegt und ausgebaut.

Verantwortliches politisches Handeln für den Erhalt und die Gestaltung der Demokratie entwickelt sich nicht von allein und verschließt sich einfachen, eingängigen Slogans, wie wir sie aus der Konsumwerbung kennen. Neben sachlicher Berichterstattung und Information bedarf es einer einfühlsamen Bildungsarbeit, die nicht vordergründig pädagogisch- manipulatorische Absichten und moralisierende Standpunkte transportiert. Der Beutelsbacher Konsens von 1976 ist mit seinen drei Grundsätzen des Indoktrinationsverbots, des Kontroversitätsgebots und der Analysefähigkeit bewährte und praktikable Arbeitsgrundlage.

Gefragt wird allerdings, ob angesichts der Globalisierung das heute noch ausreicht. In diesem Zusammenhang sollte klargestellt werden, dass politische Bildung die **Folgewirkungen** von Ungleichgewichten in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung oder auch von Versäumnissen in der Politik nicht ausgleichen oder abbauen kann.

Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Radikalismus, Ausgrenzungen, Gewalt, Fundamentalismus und andere einer demokratischen Entwicklung abträglichen Verhaltensweisen haben Ursachen, mit denen sich nicht allein die politische Bildungsarbeit auseinandersetzen muss.

Die globalen Entwicklungen üben auf die ökonomischen, sozialen und politischen Strukturen auch unseres Landes einen enormen Innovations- und Veränderungsdruck aus. Strukturwandel in Industrie und Landwirtschaft, zu hohe Arbeitslosigkeit, spürbare Veränderungen der gewohnten Lebenswelten, die Nähe internationaler Kriegs- und Krisenherde erschüttern das Vertrauen der Menschen in die ökonomische Sicherheit und die politische Steuerbarkeit der ökonomischen und sozialen Prozesse. Existenz- und Zukunftsängste bedrücken zunehmend die Menschen. Risiko und Unsicherheit sind Herausforderungen, die sich einfachen Lösungen verschließen. Politische Bildungsarbeit leistet hier **Lebens- und Orientierungshilfe**.

Deshalb: Politische Bildung ist zeitgemäß, notwendig und wird auch künftig als eine Daueraufgabe unseres öffentlich verantworteten Bildungssystems anzusehen sein. Politische Bildung leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung des Wertekonsens, der unserer demokratischen Ord-

nung zugrunde liegt und der ein Handeln im Sinne des Gemeinwohls erst ermöglicht.

Nur in einem lebenslangen Bildungsprozess, der immer wieder erneut verdeutlicht, dass die Fragen der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung jeden ganz persönlich betreffen, kann eine die Menschen motivierende und aktivierende politische Bildung erfolgen. Diese Fragen müssen in allen Bildungsbereichen und – biographisch gesehen – in allen Lebensphasen, in der Schule, in der Hochschule, in Aus- und Weiterbildung thematisiert werden.

Zeitgemäße politische Bildung muss daher als ein **integrativer Bestandteil** aller Bildungsbereiche verstanden und praktiziert werden und zugleich als **eigenständiger Sachbereich** Stärkung erfahren. Beide Wege – die Stärkung des Bereichs „politische Bildung“ und die Integration von Themen und Elementen der politischen Bildung in andere Bildungsbereiche müssen konsequent besritten werden, wenn wir die Potentiale der politischen Bildung erschließen und nutzen wollen.

Das BMBF wird das Erreichen dieses Ziels der Bundesregierung im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten unterstützen. Diese Möglichkeiten bestehen vor allem in der Förderung innovativer Entwicklungen in der Erwachsenenbildung.

Zu den Highlights der Projekte, die mit BMBF – Förderung für den Bereich der politischen Bildung durchgeführt wurden, gehören vor allem auch die Projekte Ihres Verbandes. Das darf ich an dieser Stelle besonders würdigen und hervorheben.

In Ihren Projekten wurden beispielhafte Leistungen der Bildungsarbeit erbracht. Deshalb ist die Aufbereitung der verallgemeinerbaren methodisch- didaktischen Erfahrungen und Empfehlungen Ihrer Projekte als Anregung und innovativer Impuls nicht nur für die politische Bildungsarbeit, sondern darüber hinaus auch **für die Weiterbildung insgesamt** hilfreich und nützlich.

Ich erinnere an

- das **Projekt „NetProfession“**, mit dem Möglichkeiten der Verzahnung politischer Weiterbildung mit berufsorientierenden / berufsvorbereitenden Maßnahmen für benachteiligte junge Er-

wachsene“ konzipiert und erprobt wurden.

- Als ebenso erfolgreich schätze ich auch das **Projekt „Erlebnisorientierte politische Bildung“** ein, mit dem die politische Bildungsarbeit beispielhaft durch erlebnispädagogische Methoden so verändert wurde, dass sozial benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene für Themen der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung interessiert und zur Teilnahme an Bildungsaktivitäten dadurch bewegt werden konnten, dass sie deren Lebensweltbezug und persönliche Bedeutsamkeit erkennen und erfahren konnten.
- Wichtig ist mir auch Ihre Mitwirkung bei dem **Projekt „Evaluation der politischen Bildung“**. Das Projekt beinhaltet die Evaluation der gesamten Palette der politischen Bildung **außerhalb** der im Kinder- und Jugendplan des BMFSFJ geförderten politischen Bildung. Der letztgenannte Bereich wurde in einem vom BMFSFJ geförderten Projekt untersucht. Ziel ist es, nach Abschluss beider Projekte eine möglichst detaillierte Einschätzung der derzeitigen Lage in der gesamten politischen Bildung vorzulegen.

Ihre Landesverbände und zahlreiche Ihrer Einrichtungen haben sich an der Erhebung beteiligt. Im Beirat des Projekts arbeitet Ihr Bundesgeschäftsführer, Herr Theo Länge, engagiert mit. Ihnen, Herrn Länge, und allen, die in den Verbänden und Einrichtungen die Erhebung unterstützt haben, danke ich herzlich.

Ihrer Tagesordnung habe ich entnommen, dass Sie sich mit den vorliegenden Ergebnissen dieser Evaluation befassen werden. Ihre Überlegungen und Meinungen zur Wertung und Nutzung der Ergebnisse sind für die weitere Arbeit in dem Projekt und für die politischen Bildungsarbeit wichtig. Die Projektverantwortlichen warten deshalb auf Ihre Rückkopplung.

- Von besonderer Bedeutung ist ein Projekt, das Ihr Verband zusammen mit der Deutschen Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) durchführt. Dabei geht es um die Entwicklung einer Strategie zur Initiierung und Einführung eines Qualitätsmanagements in **kleinen** Weiterbildungseinrichtungen. Es müssen Möglichkeiten und Wege zur Qualitätsentwick-

lung durch die Berücksichtigung der spezifischen Problemlagen **auch** für die kleinen, verbandsmäßig organisierten Einrichtungen gesucht und gefunden werden. Wenn Sie bedenken, dass viele dieser kleinen Einrichtungen spezifische Angebote der politischen Bildung abdecken, dann enthält dieses Projekt eben auch innovative Impulse für die politische Bildungsarbeit.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ARBEIT UND LEBEN gehört zu den wichtigen, großen Verbänden, die in der **Konzertierten Aktion Weiterbildung (KAW)** mitwirken. Ihr Geschäftsführer, Herr Länge, gehört zu den aktiven Partnern, die im „Ständigen Ausschuss der KAW“ die inhaltliche Arbeiten leisten. Er sorgt auch dafür, dass Fragen der politischen Bildungsarbeit die angemessene Berücksichtigung finden. Für diesen Einsatz übermittle ich Ihnen, Herr Länge, ausdrücklich den Dank des BMBF.

Die KAW ist für den Dialog und Erfahrungsaustausch der verschiedenen Träger der Weiterbildung und der an Weiterbildung interessierten gesell-

schaftlichen Kräfte unverzichtbar. Angesichts des Spannungsverhältnisses zwischen zunehmender Marktorientierung/Konkurrenz um Fördermittel und Marktanteile einerseits und „Weiterbildung als öffentlicher Aufgabe“ andererseits ist dieses zunehmend wieder sichtbar geworden. Das BMBF wird dieser Entwicklung durch die angemessene Ressourcenausstattung einer Geschäftsstelle gerecht, die zum 1. Juli 2003 ihre Arbeit aufgenommen hat.

BMBF und ARBEIT UND LEBEN sind durch vielfältige und bereits erfreulich ertragreiche Kooperationsbeziehungen verbunden. Diese werden wir fortsetzen und – den Möglichkeiten entsprechend – noch weiter ausbauen, um auf diese Weise die politische Bildungsarbeit zu stärken und – dem Thema Ihrer Veranstaltung entsprechend – die Zukunft der Profession „Politische Bildung“ zu sichern.

Dazu müssen auch die richtigen Antworten auf noch offene Fragen gefunden werden.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen ergiebige Diskussionen, anregende Gespräche und vor allem Erfolge in Ihrer weiteren Arbeit.

Die Evaluation der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung

Prof. Dr. Achim Schröder – Fachhochschule Darmstadt

Karsten Fritz – Technische Universität Dresden

Interview: Theo W. Länge

Theo W. Länge: Die Evaluation der politischen Jugendbildung ist abgeschlossen, die Evaluation der politischen Erwachsenenbildung ist in vollem Gange. Beide sind von der öffentlichen Hand angeregt und initiiert worden.

Was war denn die Motivation der Auftraggeber eine solche Evaluation durchzuführen?

Karsten Fritz: Zur Beantwortung beziehe ich mich auf die Evaluation der politischen Erwachsenenbildung: Sie kennen alle dieses Papier der Kultusministerkonferenz von 1998 „Überlegung zur politischen Weiterbildung“, in dem auch eine aktuelle gesellschaftliche Situationsbeschreibung vorgenommen wurde. Man hat versucht, die politische Bildung zu positionieren mit Fragestellungen wie: Sind die Angebote der politischen Bildung noch zeitgemäß, wie sieht es aus mit dem Rückzug der BürgerInnen, der Politikverdrossenheit und wie ist zu erklären, dass immer weniger Menschen in dieser Gesellschaft bereit sind, Angebote der politischen Weiterbildung wahrzunehmen. Die Kultusministerkonferenz hat dann versucht, dazu Forderungen und Positionen abzuleiten. Dabei geht es in erster Linie um die Frage der Fördersysteme und deren Stabilisierung. Es geht aber, wie Sie wissen, auch um die Frage des Erhalts der Pluralität der Trägerstruktur und es geht um die Frage der Lernorte, letztlich auch um die Frage der Qualitätssicherung und der Evaluation. Das war der Aufhänger gewesen, uns diesen Auftrag auch zur Evaluation der politischen Erwachsenenbildung zu geben. Zunächst einmal sollte ein Ist-Zustand beschrieben, also die Erwachsenenbildung in ihrer Gesamtheit erfasst werden. Es sollte auch eine Analyse von Problembereichen und Konfliktfällen geleistet werden, alles mit der Perspektive, dann auch Handlungsmöglichkeiten zu formulieren, die am Ende dieser Evaluation stehen sollen. Begleitet wird dieses gesamte Projekt von einem Projektbeirat, in dem sowohl Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Forschung sitzen, auch des Innenministeriums, des Bundesausschusses politische Bildung, der Bundeszentrale für politische

Bildung, der Landeszentralen und Vertreter der Kultusministerkonferenz, die diesen Prozess begleiten und dann hoffentlich mit uns gemeinsam die Evaluation zum Erfolg führen werden.

Theo W. Länge: Herr Schröder, Sie haben ein bestimmtes Vorgehen für die Studie gewählt und sich über das Vorgehen auch gemeinsam verständigt. Wie sind Sie vorgegangen, welche Instrumente haben Sie benutzt? Welches sind die Möglichkeiten und Grenzen der Instrumentarien?



Theo W. Länge, Prof. Dr. Achim Schröder, Karsten Fritz

Achim Schröder: Begonnen hatte diese Kooperation damit, dass Herr Böhnisch von der Technischen Universität Dresden und ich uns beworben hatten für die Ausschreibung des Bundesjugendministeriums für die Evaluation der politischen Jugendbildung. Das Konzept, das wir gemeinsam dafür entworfen haben und das auf Zustimmung beim Beirat und beim Ministerium traf, ist im Prinzip auch das, was die Dresdner in ähnlicher Weise für die Erwachsenenbildung umgesetzt haben. Von daher rede ich jetzt wirklich über beide Konzepte.

Es enthält drei Grundlagen:

Das eine ist eine Fragebogenerhebung an alle, möglichst an alle. Grundgesamtheit ist das Stichwort dafür, aber es ist genau die Grundgesamtheit, die in Dresden zur Evaluation der politischen Erwachsenenbildung ein bisschen schwieriger zu definieren war als im Falle der politischen Jugendbildung. Das hängt damit zusammen, das es die Intention bei der Jugendbildung ist, das Förderprogramm 'politische Bildung' im Kinder- und Jugendplan des Bundes und die an diesem Förderprogramm partizipierenden Träger zu evalu-

ieren, wobei es im Kern vor allen Dingen um die Personalkostenförderung geht. Der Hintergrund für die Idee, so eine Evaluation auf den Weg zu bringen, waren neue Förderrichtlinien, die auf einen gewissen Protest, auf Unstimmigkeiten, auf Rückfragen gestoßen sind. Damit stellte sich die Frage für das Ministerium, ob man nicht erst einmal das Feld evaluieren müsste, bevor man es grundsätzlich förderungspolitisch verändert. Das war der Anstoß. Und deswegen ist auch die Grundgesamtheit klar, nämlich die Träger, die vor allem die Personalkostenförderung für die politische Bildung bekommen. Dabei handelt es sich größenordnungsmäßig um 200 Stellen.

Eine Fragebogenerhebung durchzuführen für diese Grundgesamtheit der geförderten Träger ist der quantitative Schritt, das ist der Versuch, Daten zu erheben, die an harten Fakten erfahrbar sind.

Will man mehr wissen, dann muss man in die Tiefe hinein gehen. Deswegen mussten wir ein zweites Bein entwickeln, d.h. wir brauchten Interviews und Gruppendiskussionen mit ausgewählten Personen. Es ist natürlich versucht worden, das möglichst repräsentativ zu machen. Dieser qualitative Teil der Studie besteht aus acht Einzelinterviews und drei Gruppendiskussionen, die wir inzwischen geführt und ausgewertet haben. Im nächsten Monat ist die Abschlusstagung. Insofern sind wir hier bei ARBEIT UND LEBEN gerade kurz vor Ende der Evaluation. Man muss deshalb auch ein wenig vorsichtig sein mit den Ergebnissen, weil im Prinzip die erst im nächsten Monat vorgestellt werden.

Drittes Standbein sind die Träger, die als Betroffene der Evaluation in einen responsiven Prozess einbezogen werden sollten. D.h., uns ging es um die Rückmeldung derjenigen, die wir befragen, die wir interviewen, denen wir dann die Ergebnisse vorstellen, damit sie dann sagen können: „Halt! Moment! Ihr habt das nicht beachtet“, oder, „es ist doch so.“ Es ist natürlich alles nicht nur so und so, es ist natürlich alles sehr verschieden, aber man muss trotzdem versuchen die Vielfalt so zu erfassen, dass die Gewichtung stimmt. Von daher ist es wichtig, diesen Diskurs mit den zu Evaluierenden zu gestalten, und das haben wir letztes Jahr bei einer Tagung gemacht, ähnlich wie es jetzt in dieser Woche die Dresdner für die politische Erwachsenenbildung veranstaltet haben. Dort standen unsere Ergebnisse zur Diskussion, wie auch sonst Trä-

ger und Personen sich zurückmelden und wir diese Rückmeldungen und diese Korrekturen – soweit das eben geht – mit einbeziehen.

Insofern sind es drei Arten der Datenerhebung.

Theo W. Länge: Wonach haben Sie in der Evaluation gefragt?

Karsten Fritz: Das ist abgestimmt auf die einzelnen Methoden, also auf das, was Herr Schröder beschrieben hat. Wir haben im ersten Schritt eine Fragebogenerhebung gemacht, bei der es erst einmal um die grundsätzliche Dimension der politischen Bildung geht, also die Adressaten, die Orte, die Methoden, also alle diese Merkmale, die notwendig sind, um Informationen und Daten zu sammeln, die wir dann in den qualitativen Untersuchungen – namentlich in Gruppendiskussionen und jetzt zurzeit in Experteninterviews – versuchen weiter zu vertiefen.

Theo W. Länge: Sie sagen ja zu Recht, dass es noch keine Ergebnisse gibt, aber es sind sicherlich gewisse Tendenzen sichtbar. Gibt es eigentlich *das* typische Angebot von politischer Bildung oder ein spezifisches Format, das sich herauskristallisiert?

Achim Schröder: Ich glaube nicht, dass es ein spezifisches Format gibt und geben kann. Die Landschaft ist berechtigterweise sehr vielfältig. Nehmen wir nur die unterschiedlichen Zielgruppen, z.B. vom Alter her, von ihrer Nähe zur politischen Bildung. In die Unterschiedlichkeit und in diese Tiefe konnten wir nur durch diese Einzelinterviews einsteigen. So wurde es möglich, beschrieben zu bekommen, wie unterschiedlich das ist und wie unterschiedlich man ein Seminar aufbauen muss. Je nachdem, ob Leute sagen, jawohl ich interessiere mich jetzt für Globalisierung und habe mich zu diesem Seminar angemeldet oder ob die TeilnehmerInnen aus dem Klassenverband kommen und sagen, politische Bildung? Weiß ich nicht. Ist doch ein schönes Haus, oder? Der Lehrer hat gesagt, wir fahren dahin. Ich finde es sehr interessant, wie die acht Bildungsreferentinnen und –referenten, die wir interviewt haben, diesen Prozess, an die Jugendlichen heran zu kommen, beschrieben haben. Welche anderen Formen, auch Events, auch Methoden sie finden, die erst einmal überhaupt nicht nach politischer Bildung aussehen, sondern die mehr mit Fragen von Lebensbewältigung, von Persönlichkeitsbildung zu tun haben.

Sich aber dann, einige Tage später, Jugendlichen die Frage stellt: „Warum heißt das hier eigentlich politische Bildung?“, und sich dann langsam aufklären lässt, dass politische Bildung was mit dem Leben zu tun hat.

Wenn man so ein Seminar vergleicht mit Seminaren mit TeilnehmerInnen, die mit einer gewissen Eigenmotivation und Vorerfahrung und Vorkenntnis usw. zu solchen Veranstaltungen kommen, dann sind das zwei so verschiedene Typen von Seminaren und so verschiedene Typen von Umgangsweisen und Einstiegen, das man die nicht über einen Kamm scheren kann. In der Frage klingt vielleicht mit, ob es so was Gemeinsames gibt in der politischen Bildung, ob es sozusagen doch ein Dach gibt, was sich unterscheidet von z.B. kultureller oder sozialer Bildung. Es ist sehr deutlich geworden in diesen Interviews und Gruppendiskussionen, dass dies sehr wohl der Fall ist. Offenbar macht es einen Unterschied, ob ich z.B. einen Videofilm mit Jugendlichen, meinetwegen zu der Situation in dem Ort, in dem sie leben, mache, um ihn für die politische Bildung zu nutzen oder ob ich eher das Medium als solches, das Kulturelle, den Spaß als solchen, einsetze. Es wird deutlich, dass es keine Ablenkung ist von dem Ziel der politischen Bildung, wenn mal hier und da ein Event als Aufhänger genommen hat. Es spricht nichts dagegen, eine kulturelle Methode, den Videofilm oder sonstige neuen Medien und Techniken einzusetzen um dem Ziel näher zu kommen, junge Leute dazu zu bewegen, sich dem Gemeinwesen politisch zu öffnen. Und deswegen glaube ich auch, dass es eben noch das Typische gibt.

Theo W. Länge: Herr Schröder, Sie haben gerade von der Vielfalt der politischen Bildung gesprochen oder der Vielfalt der Ansätze. Leider entstehen dadurch auch Assoziationen, die nicht unbedingt etwas mit dem zu tun haben, was unsere Profession eigentlich will. Auch wissen wir, dass dieser Begriff in Ostdeutschland durchaus diskreditiert ist. Ist das noch die richtige Bezeichnung, 'politische Bildung', für das, was wir tun?

Achim Schröder: Ja, trotz allem. Weil es gibt, so glaube ich, keinen alternativen Begriff zu dem Politischen. Das Problem ist, dass politische Bildung immer zugleich und zuallererst von denen, die es noch nicht anders kennen, mit Partei und Parteipolitik in einen Kontext gebracht wird. Und es

hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir eine Politikdistanz vor allen Dingen bei Jugendlichen erleben. Von daher kann ich keinen besseren Begriff dafür erkennen und meine, dass es der Anstrengung bedarf, einen Prozess in Gang zu setzen, der die Leute heranzuführt. Ich kann nur sagen, dass es bei denjenigen, die wir befragt haben, funktioniert. Selbst mit Jugendlichen, die man als bildungsfern oder sozial benachteiligt oder politikfern bezeichnet, funktioniert es in den allermeisten Fällen, sie über kurz oder lang davon zu überzeugen, dass ihr Leben eben doch was mit Politik zu tun hat.

Theo W. Länge: Herr Fritz, jetzt wird ja viel davon gesprochen, dass die politische Bildung auch Teil anderer Professionen ist oder ihnen zugeordnet wird. Gelegentlich wird von der integrativen Form der politischen Bildung gesprochen und gewisse Fachrichtungen sprechen auch schon davon, dass man vielleicht eine fachpolitische Bildung oder eine Profession politische Bildung gar nicht mehr braucht. Sehen Sie das bestätigt aus den Untersuchungen, die Sie ohnehin machen?



Prof. Dr. Achim Schröder, Karsten Fritz

Karsten Fritz: Es ist die Frage, ob man integrative Ansätze als Chance oder als Risiko bezeichnet. Natürlich ist es eine Chance. Vielleicht sehen es einige Institutionen als Risiko und da ist es sicher ganz interessant, Varianten durchzuspielen oder Varianten zu betrachten, wie man politische Bildung als Profession betrachten kann. Zum einen kann sich politische Bildung bei der gesamten Pluralität der Trägerstruktur weiterhin verstehen als das konstituierende Moment, als die Kontinuität, als Bildung im weitesten Sinne, als Tagungshaus sage ich mal, um die Institutionalisierung auszudrücken. Man kann sich aber auch verständigen, dass sich

die politische Bildung öffnet. Zur beruflichen Bildung ist das längst erfolgt. Wir haben danach gefragt, ob die MitarbeiterInnen der politischen Bildung der Meinung sind, dass die berufliche Weiterbildung die politische Bildung verdrängt. Und da sagen uns ca. 70%: „Ja, das ist so!“ Hier spielen sicher auch Ängste mit. Man könnte natürlich auf der anderen Seite auch sagen, politische Bildung wird ein Stück verdrängt durch die Angebote der Unterhaltungs- und Erholungsmöglichkeiten, also der sogenannten Eventkultur.

Wo positioniert sich jetzt politische Bildung? Auf der einen Seite kann man sagen, wir wollen diese Solidität, wir wollen *Bildung* als zentrale Komponente von politischer Bildung, auf der anderen Seite kann man im Extremfall von Eventkultur sprechen. Eine Position ist, dass man das nicht miteinander in Verbindung bringen kann. Man kann aber auch sagen, die Chance besteht gerade darin, die Ambivalenz auszuhalten und sich den Angeboten zu öffnen. Ich habe heute Vormittag im Zug noch ein interessantes Interview gelesen, das Herr Länge mit Thomas Krüger, dem Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung, geführt hat. Thomas Krüger sagt: „Bei der Ressourcenverteilung wird heute nicht nach Qualität sondern nach Erfolg entschieden.“ Also, letztendlich muss sich das Image der Profession politische Bildung ändern. Und er konzediert zwar: „Gut, die Kritik spricht dann von Vulgarisierung, aber wenn es Ressourcen erschließt, was soll's.“ In diesem Spannungsfeld muss sich politische Bildung positionieren.

Wir haben das auch auf einer anderen Ebene erlebt:

Bei der Evaluationstagung gab es eine Arbeitsgruppe zum Thema Kooperation zwischen den klassischen institutionellen Formen politischer Bildung und den sogenannten sozialen Bewegungen. Auch da gab es sehr starke ambivalente Positionen. Die VertreterInnen der sozialen Bewegungen sagen: „Wir sind aktuell. Am 11.09. oder mit Beginn des Irakkrieges haben wir die Leute mobilisiert und sind auf die Straße gegangen“. Das können die klassischen Institutionen nicht. Die sind starr, die haben Fördergrundlagen, die es nicht ermöglichen, kurzfristige Angebote zu machen. Die Institutionen wiederum sagen, das, was wir machen ist die Kontinuität, das ist der Bildungsanspruch. Die sozialen Bewegungen machen mehr auf Event oder geben bestenfalls Informationen.

Da sind also Ängste auf beiden Seiten und man muss überlegen, wie man zueinander kommt. Ein Vertreter einer Landeszentrale für politische Bildung sagt z.B.: „Gut, wir sind ja bereit, Leute von sozialen Bewegungen an unseren Tisch einzuladen, dann sollen die sich auch ein bisschen an unsere Spielregeln halten“. Er beschreibt damit sicher eigene Erfahrungen, nämlich dass es natürlich auch spezielle soziale Bewegungen gibt, die ein Podium für ihre ganz speziellen, interessenabhängigen Aussagen nutzen. Und dieses Spannungsfeld auszuloten, denke ich, ist eine ganz schwierige Geschichte, wo sich politische Bildung aber positionieren muss.

Theo W. Länge: Sie haben wahrscheinlich beide während Ihrer Untersuchung etwas gelitten unter der subsidiären Vielfalt der Einrichtungen und Angebote. Jetzt gibt es in der Politik gelegentlich die Anfrage, ob Pluralität in diesem Ausmaße sein muss. Würden Sie sagen, Pluralität ist wünschenswert, um der Vielfalt der Interessen, Positionen und der Wertorientierung gerecht zu werden oder denken Sie, das führt zur Verzettelung und Unwirtschaftlichkeit?

Achim Schröder: Ich habe den Eindruck, dass sich in den Interviews eine zeitgeistliche Beobachtung spiegelt, nämlich dass viele es schwierig finden, überhaupt eine Position einzunehmen. Und von daher bin ich davon überzeugt, dass Positionierungen und Wertorientierungen der Träger eine ganz große Bedeutung haben. MitarbeiterInnen in der politischen Bildung müssen Position beziehen. Schließlich geht es bei der politischen Bildung auch um die Kompetenz, Dinge zu beurteilen, d.h. sich zu verorten, eine eigene Position zu entwickeln und dann auch dementsprechend zu handeln. Das wäre dann der dritte Schritt. Das heißt doch, für dieses Herausbilden einer eigenen Position braucht es Maßstäbe und die kommen ja nicht vom Himmel. Die Vielfalt in der heutigen Gesellschaft, die scheinbare Beliebigkeit der Postmoderne und des Neoliberalismus führen dazu, dass Positionen scheinbar unwichtig geworden sind, es letztendlich nur um Euro und Cent ginge. Deswegen ist es wichtig, dass die Träger selber für etwas stehen. Ohne diese Trägerlandschaft wäre m. E. die Herausbildung von Meinungs- und Positionsbildung erheblich erschwert und würde vielleicht sogar der politischen Bildung letztendlich den Garaus machen.

Theo W. Länge: Nachdem Sie schon etliche Ergebnisse haben, können Sie jetzt schon absehen, welches aus Ihrer Sicht die zentralen Herausforderungen oder Tendenzen für die Zukunft der politischen Bildung sein werden?

Achim Schröder: Nehmen wir mal die Zielgruppenfrage. Es gibt in der Jugendbildung deutlich erkennbar eine Zielgruppenverschiebung hin zu bildungsfernen oder sozial benachteiligten Schichten.

Bei den Inhalten haben wir deutlich festgestellt, dass die Themen Ökologie und Geschlechterperspektive abgenommen haben. Bei der Ökologie würde sich die Erklärung anbieten, dass es sehr viel Ökologie vor einigen Jahren gab, was jetzt eher auf ein normales Maß runtergefahren ist. Aber es gibt auch ein deutliches Absinken bei der Geschlechterperspektive. Vielleicht hat das auch mit Gender Mainstreaming zu tun und der Verflüchtigung des Geschlechterthemas als explizites Thema, dem viele implizite, kleine und alltägliche Themen gefolgt sind. Geschlecht als explizites Thema wird offenbar auch nicht mehr so nachgefragt. Dagegen haben wir eine Zunahme bei den Themen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit auf der einen Seite und auf der anderen Seite bei den Themen Persönlichkeitsorientierung, soziale Bildung, soziale Fragen, Konfliktbewältigung.

Weitere Tendenzen: Bei den Arbeitsformen und Methoden können wir eigentlich keine großen Veränderungen ausmachen. Gleichwohl wird die Gruppenarbeit als Methode auf ganz hohem quantitativen Niveau beschrieben. Insgesamt kann man zu den Methoden sagen: große Anteile Rollenspiele, Erkundung und rechercheorientierte Methoden. Man kann durch die Bank sagen, dass bei der Vielfaltigkeit der Methoden vor allen Dingen die vorne stehen, die Teilhabe und Selbstaneignung ermöglichen. Das ist in der Jugendbildung im Unterschied zur Erwachsenenbildung sehr ausgewiesen.

Karsten Fritz: Wir haben ungefähr 350 Einrichtungen in die Evaluation der politischen Erwachsenenbildung einbezogen. Vom Verständnis her können Sie das ungefähr dritteln. Ein Drittel der Einrichtungen machen Angebote im Bereich politischer Bildung bis maximal 25%, ein Drittel zwischen 25% und 75% und ein Drittel der Einrichtungen, die wir befragt haben, sind wirklich Einrichtungen der po-

litischen Bildung, die 75% und mehr Anteil haben im Bereich der politischen Bildung.

Was die Zielvorstellungen betrifft, steht an erster Stelle die Förderung der Mündigkeit und Urteilsbildung in der Demokratie. Interessant sind aber besonders die Tendenzen in Blick auf den Bedeutungsgewinn und den Bedeutungsverlust von Zielen und Inhalten. Bedeutungsgewinn hat ganz eindeutig die Problematisierung fremdenfeindlicher Einstellungen. Bedeutungsverlust erleiden die Förderung ökologischer Kompetenz, die Auseinandersetzung mit deutscher Geschichte und die Förderung gesellschaftlicher Gleichstellung von Männern und Frauen. Wenn man dann die Umsetzung dieser Ziele in den konkreten Angeboten betrachtet, dann kommen wir fast auf das gleiche Bild. Bedeutungsgewinn haben Themen, die Informationen gegen Extremismus und Fremdenfeindlichkeit bereit halten und den interkulturellen Dialog anstoßen wollen. Bedeutungsverlust haben Geschichte, Umweltbildung, Ökologie, Geschlechterfragen. Man kann dies Tendenzen nicht nur mit der Aktualität von speziellen Förderprogrammen erklären. Da muss es noch weitere Überlegungen und Untersuchungen geben, wie man dieses Material zu bewerten hat.

Kurz etwas zu den TeilnehmerInnen an den Angeboten der politischen Bildung: Eindeutig auf Rang eins von der Größenordnung her ist eine Altersgruppe, die wir so mit dem Alter 36 bis 50 Jahre klassifiziert haben. Interessant ist auch hier die Frage nach Bedeutungsgewinn und Bedeutungsverlust weil damit die Entwicklungen deutlicher werden. Bedeutungsgewinn gibt es ziemlich klar bei den bis 26-jährigen und bei den Älteren (51- bis 66-jährigen). Bedeutungsverlust hingegen bei den jungen Erwachsenen (27- bis 35-jährigen) und zwar ziemlich rapide. Wir haben diesen Trend mit der Metapher des Sandwiches bezeichnet. Es lohnt sich nachzufragen und darüber nachzudenken, wo diese Altersgruppe denn hin geht. Gerade wenn man sich die Frage berufliche Bildung versus politische Bildung vor Augen führt.

Interessant ist für Sie sicher auch die Nutzung des Bildungsangebotes im Rahmen von Bildungsurlaub. 30% aller von uns befragten Einrichtungen sagen, der Anteil von Bildungsurlaub ist bei uns gleich null, es nutzt ihn also niemand. 50% geben einen Prozentanteil von 1% bis 10% an. Dann blei-

ben noch 20% der Einrichtungen, wo sich dann der gesamte Rest wiederfindet.

Aussagen zu den Lernorten, Veranstaltungs- und Arbeitsformen muss man sicherlich qualifizieren. Bei den Lernorten stehen die Bildungsstätten an erster Stelle und bei den Veranstaltungsformen sind es die Abendveranstaltung und das Wochenendseminar. Bei den Arbeitsformen steht der Vortrag vor der Gruppendiskussion an erster Stelle.

Unsere letzte Frage ging in die Richtung, was für Formen von Unterstützung auf kommunaler, Landes- oder Bundesebene erwartet werden. Wir haben das kategorisiert und die ersten Kategorien haben alle mit der Förderung und mit dem Fördersystem zu tun. 65% betonen die Wichtigkeit von Höhe, Form und Kontinuität der Förderung. 28% geben an, es muss weniger Bürokratie geben. Der Erhalt von Pluralität der Trägerstruktur geben weitere 20% als wichtig an und die Flexibilisierung der gesetzlichen Rahmenbedingungen ist auch noch eine Dimension, die beachtenswert erscheint. Erst an fünfter Stelle kommt unter der Überschrift 'Erwartete Formen der Unterstützung' die Anerkennung für geleistete Arbeit, insbesondere bei Ehrenamtlichen. Das spricht sicher für eine hohe Leidenschaft dieser mitunter mit großem Enthusiasmus arbeitenden MitarbeiterInnen.

Achim Schröder: Ich will noch ein paar Tendenzen ergänzen. Ganz wichtig finde ich die Strukturen. Wir haben uns genau angeschaut, was es mit den Kooperationen auf sich hat und haben herausgefunden, dass die Kooperationen insgesamt an Bedeutung zugenommen haben. Aber auch der Arbeitsaufwand für die Kooperationen hat zugenommen. Die sind wichtiger und aufwändiger geworden.

Was vielleicht noch interessant ist, wir haben versucht, eine Vorstellung davon zu entwickeln, wie es denn ohne Personalförderung sein könnte – also stärker auf die freien MitarbeiterInnen oder nebenamtlichen MitarbeiterInnen zu rekurrieren wäre. Wir haben uns deswegen diese Gruppe genauer angeschaut und haben drei Typen ausgemacht.

Einmal ist das der Typus des freiberuflichen Fachmannes oder der freiberuflichen Fachfrau, die für einzelne Veranstaltungen verpflichtet wird, ansonsten aber nicht eingebunden ist. Der zweite Ty-

pus ist der strukturell eingebundene Teamer oder die strukturell eingebundene Teamerin, der / die auch in Teamer-Arbeitskreisen mitarbeitet. Der dritte Typus ist der wertorientierte ehrenamtliche Mitarbeiter oder die Mitarbeiterin. Nach unserer Einschätzung sind einzig die freiberuflichen Fachleute nicht so stark auf eine hauptamtliche Drehpunktperson in den Einrichtungen angewiesen, die sie koordiniert, einarbeitet, fortbildet, begleitet usw., während die anderen MitarbeiterInnen doch sehr stark auf sie angewiesen sind und es sich nicht so leicht vorstellen lässt, wie die bisherige Arbeit fortgesetzt werden könnte auf der Basis von freiberuflichen MitarbeiterInnen.

Theo W. Länge: Was haben Sie persönlich aus der Studie gelernt?

Achim Schröder: Ich kenne politische Bildung aus eigener Anschauung aus früheren Jahren, bevor ich zur Fachhochschule gekommen bin, sehr gut. Insofern habe ich jetzt vielleicht nichts grundlegend Neues über den konkreten Ablauf von politischen Bildungsveranstaltungen gelernt, aber ich habe gelernt, wie sie bei den einzelnen Trägern weiterentwickelt worden sind. Ich habe erst einmal fasziniert zugehört und gelesen, je nachdem, ob ich selbst das Interview geführt oder nur die Texte gelesen habe, wie es die jeweils Hauptamtlichen bewerkstelligen, in der heutigen Zeit politische Bildung zu betreiben. Das finde ich sehr faszinierend. Das ist mal das Eine, was ich gelernt habe, dass das sehr wohl weitergeht und überhaupt nicht stehen geblieben ist.

Das Zweite, was ich gelernt habe, was aber auch ein bisschen anstrengendes Lernen war, ist, diese ganzen Strukturen zu durchschauen. Da soll mal einer durchblicken in diesen Trägerstrukturen mit ihren Verästelungen und unterschiedlichen Zentralstellen. Das hat ja auch mit dem Subsidiaritätsprinzip und den freien Trägern zu tun, was ein großer Schatz ist, der die Sache aber auch nicht einfacher macht. Wenn man nur mal an die Kooperation zwischen Schule und außerschulischer Bildung denkt. Bei der Schule ist es relativ klar, wen man anspricht, aber wen spricht man bei der außerschulischen Bildung an? Das macht es schon ziemlich schwierig.

Karsten Fritz: Ich kann das nur bestätigen. Die Pluralität der Trägerstruktur zu erfassen, kann man

als eine sportliche Herausforderung sehen. Wir haben uns bemüht, sich ihr zu stellen. Ansonsten habe ich die Erkenntnis, dass viel mehr zur politischen Bildung gehört als ich bis dahin angenommen habe. Von Hause aus habe ich eigentlich mal Mathematik studiert, deshalb komme ich vielleicht mit der Statistik ganz gut klar, bin aber ansonsten eigentlich von der Profession her Medienpädagoge und betreue auch zwei offene Kanäle im Hörfunk- und Fernsehbereich. Inzwischen weiß ich, dass dort ganz stark politische Bildung stattfindet. Wenn sich Senioren in einer Rundfunkreportage über ihren Kiez äußern, dann findet in dem Studio ein Austausch statt, der für mich ganz klar Teilhabe am gesellschaftlichen Diskurs ist, auch wenn er im kleinen lokal begrenzten Bereich stattfindet.

Und das ist politische Bildung im besten Sinne des Wortes, so wie ich das jetzt auch verstehe und begriffen habe.

Theo W. Länge: Ich darf Ihnen beiden herzlich danken. Vor allen Dingen Ihnen, Herr Fritz, weil Sie für Prof. Böhnisch eingesprungen sind, aber natürlich auch Ihnen, Herr Schröder. Wir sind nun alle sehr gespannt, wie die Evaluation zu Ende gebracht wird und welche Ergebnisse wir bekommen, die wir in unseren Trägerkontexten reichlich diskutieren werden. Das ist auch die Grundlage für die Diskussion mit dem Bundesjugendministerium, in dem dann hoffentlich neue Weichen gestellt und Konsequenzen gezogen werden. Herzlichen Dank für Ihre Hilfe.

Mehr Bürgerinteresse durch neue Formate? – Marktanalyse zur politischen Bildung

Dr. Karsten Rudolf – Büdinger Kreis e.V.

Nachfragen: Dr. Helle Becker – Publizistin

Karsten Rudolf: Ich möchte Ihnen zum Thema „Mehr Bürgerinteresse durch neue Formate – Marktanalyse zur politischen Bildung“ einige Handlungskonsequenzen aus dem Bericht 'Politische Bildung 2002' erläutern.

Wenn man das Thema Markt und Marktanalyse behandelt, so sprechen wir m. E. nicht über Phantome oder etwas Böses, sondern das sind im Prinzip wir alle. Der Markt um den es hier geht, besteht aus den Bildungsträgern, aus den Zuwendungsgebern und ganz vorab aus den Bürgerinnen und Bürgern als Zielgruppe eben dieser politischen Bildungsarbeit.

Herr Länge hat es gerade angesprochen, wir, d.h. Herr Wicker und ich vertreten heute hier den Büdinger Kreis e.V. Wir haben uns 1995 in Hessen gegründet und nach der hessischen Stadt Büdingen benannt, sind aber ansonsten überregional tätig, momentan jedoch mit Arbeitsschwerpunkt in Hessen. Wir sind ein überparteilicher Verein und ehrenamtlich organisiert. Unser Motto lautet „Brücken schlagen“, wir wollen Brücken schlagen einerseits zwischen dem Individuum und der Gemeinschaft, aber auch Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis. Was heißt das?

Zwischen der Gemeinschaft und dem Individuum wollen wir den Brückenschlag durch unsere praktische Bildungsarbeit. Hier stoßen wir in Demokratiewerkstätten selbstorganisierte Bildungsprozesse bei Jugendlichen an und begleiten diese. Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis: Hier haben wir Studien selbst durchgeführt oder unterstützt. Auf die werde ich gleich eingehen. Ansonsten kann man unser Motto, unser Leitmotiv mit dem beschreiben, was Wolf von Lojewski 1997 über den Büdinger Kreis gesagt hat: „Selten hat die Politik das Engagement seiner Bürger so sehr gebraucht wie heute.“ Wir hier im Büdinger Kreis und Sie hier auch wollen die Politik näher in Kontakt bringen mit denen, die sie vertreten.

Ich möchte nun meine folgenden Ausführungen im

Wesentlichen auf vier Studien aufbauen, wobei die zwei letztgenannten Studien den Kern bilden werden. Zum einen das 'Nidderau-Projekt', das wir 1997 durchgeführt haben. Dabei handelte es sich um eine Wirkungsstudie, die auch den Part 'Engagementforschung' mit beleuchtet. Daran angeschlossen hat sich das Projekt 'J+P', 'Jugend und Politik – Politik und Jugend'. Die Förderung selbst organisierter kommunaler Jugendbeteiligung war hier der Untersuchungsgegenstand und im letzten Jahr der Bericht 'Politische Bildung 2002'. Marktforschung und Bildungsbeteiligung waren hier von Bedeutung. Ganz aktuell, das dürfte Ihnen im Regelfall noch nicht bekannt sein, ist das der Bericht 'Politische Bildung 2003', der soeben erst erschienen ist. Das ist eine erste Befragung politischer Entscheidungsträger, also auch eine Ergänzung der Marktstudie.



Dr. Helle Becker, Dr. Karsten Rudolf

Lassen Sie mich nun kurz auf die zwei Berichte eingehen, da sie die wesentlichen Grundlagen bilden und auch schon eine erste Handlungskonsequenz bzw. ein Plädoyer für eine Veränderung in der politischen Bildungslandschaft darstellen sollen. Das Ziel des Berichts 'Politische Bildung 2002' war es, eine Database zur Verwendung in der wissenschaftlichen Praxis aufzubauen. Hierzu wurde eine dreiteilige repräsentative Bevölkerungsumfrage durchgeführt, die den Bedarf der Bevölkerung an konkreten politischen Bildungsinhalten und -formen, das Potenzial außerschulischer politischer Bildung in Deutschland, die Motive zur Teilnahme an politischen Angeboten sowie die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger eben an diese Angebote und an die politischen Bildungsträger erheben sollte.

Zum Untersuchungsdesign aller drei Befragungen des Berichts 2002: Grundgesamtheit war jeweils

die deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 14 Jahren. Daraus wurden Zufallsstichproben mit jeweils 2.000 Personen gezogen, die in computergestützten Face to Face-Interviews befragt wurden. Weiterhin waren es 1.005 Personen, die telefonisch interviewt wurden. Ziel des Berichtes 2003, also des neueren Berichtes, war es, diese damals begonnene Database durch eine Elitenbefragung zu ergänzen. Das Untersuchungsdesign nahm die 603 Bundestagsabgeordneten in den Fokus der Betrachtung. Aus der Grundgesamtheit aller Abgeordneten wurde eine Stichprobe von 100 Personen, gestreut über die Fraktionen, gezogen. Der Befragungszeitraum war eine Sitzungswoche des Parlamentes (19. Mai bis 06. Juni 2003).

Wenden wir uns nun der Situation der politischen Bildung zu. Wenn hier Handlungskonsequenzen gefragt sind, so stellt man fest, dass politische Bildung, so zumindest meine These, ein Schattendasein führt, trotz großer Notwendigkeit für die moderne Demokratie, wie es heute ja auch zurecht öfter angeklungen ist. Es ist ein zunehmender Druck auf Ihre Institutionen festzustellen und stellenweise sogar ein Infragestellen des Ganzen. Ein paar Schlaglichter haben wir hier zusammengetragen, die ich unkommentiert so stehen lasse:

Kürzungen bei vielen Trägern, Notsituation der Bildungsstätten in Berlin, Schließung von Bildungsstätten der evangelischen Akademien, ganz aktuell aber auch die einer Parteistiftung; Rückzug der politischen Bildungsarbeit in den Volkshochschulen und auch bei anderen Trägern. Zu Gunsten des Themas ‚soziale Kompetenz‘ wird politische Bildung zum Teil verdrängt. Bei den Landeszentralen für politische Bildung gibt es tiefer gehende Umstrukturierungen. Es hat angefangen mit der Nordschiene und erstreckt sich jetzt auch auf Hessen. In Baden-Württemberg wurde erheblich gekürzt. Manche Landeszentralen bekommen nach Abgang des alten keinen neuen Direktor mehr und werden in andere Einheiten überführt (Beispiel Schleswig-Holstein). Andere stehen gar kurz vor dem Aus. Der Zwang zur Transparenz und Evaluation ist sicherlich auch Konsequenz dieses sich aufbauenden Drucks. Man will zurecht wissen, was mit den Geldern, die man in diesen Bereich hinein gibt, gemacht wird.

Meiner Meinung nach ist dieser aufkommende Druck einerseits natürlich der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte geschuldet, aber

andererseits auch Ausdruck hausgemachter Probleme der politischen Erwachsenenbildung. Hier möchte ich auf das erste Kernproblem verweisen, nämlich die geringe Reichweite politischer Erwachsenenbildung, die laut verschiedener Studien und der Trägerstatistik 1% bis max. 5% der Bevölkerung erreicht. Sprich also, weit über 90% werden bisher nicht erreicht.

Und nun möchte ich die an mich gestellte Frage beantworten, wie das Bürgerinteresse aussieht und ob eine Steigerung möglich ist. Beide Berichte zeigen, dass das Interesse der Bürgerinnen und Bürger, aber auch das der Bundestagsabgeordneten an politischer Erwachsenenbildung im großen Maße vorhanden ist und durch andere Arbeitsweisen realisiert bzw. genutzt werden kann.

Ich möchte Ihnen drei Grundsatzfragen mit auf den Weg geben: Ist denn ein Mehr an Bürgerinteresse, sprich eine Ansprache der breiten Masse, überhaupt gewünscht von Seiten der etablierten politischen Bildung, wollen Sie das? Und wenn ja, ist das Fach zur radikalen Umorientierung bereit? Wie viel Transparenz verträgt es dabei? Ich vermute, dass wir nachher im Interview noch näher darauf eingehen.

Veränderung ist angezeigt. Wie könnte diese Veränderung aussehen, damit das Fach zum Impulsgeber wird und nicht weiterhin der Getriebene bleibt?

Eine Steigerung der Reichweite wird m. E. nur durch tief greifende Einschnitte in die Struktur und Arbeitsweise politischer Erwachsenenbildung und auch politischer Jugendbildung zu realisieren sein.

Ich sehe drei entscheidende Handlungskonsequenzen:

Da wäre zunächst die Entwicklung einer Dienstleistungsfunktion politischer Bildung; einerseits gegenüber Bildungsträgern, das würde übergeordnete Stellen wie Landeszentralen und Bundeszentrale für politische Bildung betreffen, aber auch und vor allem gegenüber den Bürgern. Es gibt noch weitere Dimensionen, z.B. auch die der Institutionen, der Parteien, der Kommunen und anderer Einrichtungen, in denen politische Bildung als Dienstleistung erbracht wird, beispielsweise als Engagementförderung oder im Aufbau effektiver Bürgerkommunikation.

Ich möchte mich aber hier, weil es auch die angesprochenen Studien so in den Vordergrund stellen, auf die Bürger konzentrieren. Der Grundgedanke ist der, dass politische Bildung nicht weiter bedeutungslos für die Menschen sein darf, was sich m. E. in der geringen Reichweite ausdrückt. Dabei hätte politische Bildung die bedeutsame Aufgabe, eine Veränderung der Bürgerrolle in der modernen Demokratie zu begleiten und zwar einerseits durch die Qualifizierung der Funktionseliten, andererseits durch Orientierungshilfe und Komplexitätsreduktion – also eine ‘Benutzerorientierung’ durch Dienstleistung für die Breite. Dieser Grundsatz hätte folgende drei Kennzeichen:

1. Allgemeine Verfügbarkeit:

Es muss eine generelle Anlaufstelle in der Bevölkerung bekannt und flächendeckend vorhanden sein. Es kann nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob ein Bürger einen Ansprechpartner findet. Statt dessen muss ein flächendeckendes Netz geschaffen werden. Ich visioniere jetzt mal ein bisschen – sozusagen eine Art bürgergesellschaftlich organisierte regionale Zentrale für politische Bildung, ehrenamtlich getragen, weil eben die Finanzmittel dazu leider nicht da sind. Man könnte auch versuchen, das in einem Verbund von mehreren Trägern zu realisieren und die mehreren Ehrenamtlichen durch einige hauptamtliche politische Bildner betreuen, so wie es in unseren Demokratiewerkstätten im Büdinger Kreis geschieht. Hier betreuen wir mittlerweile über 80 ehrenamtlich politische Bildner – Jugendliche in vier Werkstätten, die in ihrem Umfeld politische Bildungsarbeit betreiben.

2. Kurzfristigkeit, Flexibilität und keine neuen bürokratischen Strukturen:

Kurzfristig und flexibel muss auch das Informationsbedürfnis von Bürgern befriedigt werden können, die vielleicht einfach nur eine Frage zu einem bestimmten Sachverhalt haben. Durch den Bericht 2002 wissen wir, dass rund 50% der Bevölkerung angeben, manchmal den Bedarf zu haben, mehr Hintergrundinformation zu den in den Medien berichteten Politiknachrichten zu erhalten und sich dann gerne an eine unabhängige Beratungsstelle wenden würden, um hier eine Frage beantwortet zu bekommen oder um zu erfahren, wo es weiterführende Angebote gibt. Das wäre sicherlich eine Form, die höchstens im Verbund verschiedener Bil-

dungsträger kurzfristig realisierbar wäre. Dies betrifft in starkem Maße den Punkt ‘Aktualität des Angebots’, der im Bericht Politische Bildung 2002 eine große Rolle spielt: in politischen Phasen, in denen eine große Unsicherheit vorherrscht, ist es wichtig, eine feste Anlaufstelle zu kennen, die dann auch entsprechend Angebote zur Verfügung hält. Damit müsste eine schnellere und koordinierte Reaktion in aktuellen Situationen, wie beispielsweise in Zusammenhang mit dem 11. September, wie in den Hochzeiten der BSE-Krise, wie bei der Hochwasserkatastrophe in Ostdeutschland möglich werden. Es gilt, reaktionsfähig für Umstände zu werden, in denen Menschen plötzlich anfangen, sich über ihre Situation Gedanken zu machen.

3. Kompetenz:

Eine solche Stelle muss über kommunikative und kompetente Mitarbeiter mit entsprechendem politischen Wissen und Informationsverarbeitungs-kompetenz verfügen. Da stellt sich die Frage, ob die Profession das erfüllen kann. Es müsste sicherlich auch über das Rollenverständnis nachgedacht werden und wie man ehrenamtliche Kräfte gewinnen kann, die eventuelle Kompetenzdefizite ausgleichen.

Neben der Herausbildung einer Dienstleistungsfunktion ist eine konsequente und förderungspolitisch unterstützte Trennung in eine Breiten-, also Volksbildung auf der einen und Elitenbildung auf der anderen Seite vorzunehmen: Was ist darunter zu verstehen und warum sollte das geschehen? Zum einen: Aufgrund der Sensibilität der Gegenstandsbereiche der politischen Bildung hat man es mit etwas anderem zu tun als mit „neutralen“ Inhalten wie die der beruflichen Bildung, bei denen es ziemlich egal ist, ob es eine Parteistiftung, ein evangelischer Träger, ein katholischer Träger oder eben ein unabhängiger überparteilicher Träger durchführt.

Zum anderen auf Grund der auch schon angesprochenen Marktunübersichtlichkeit. Hier könnte mehr Transparenz in den Markt hineinkommen. Man könnte eine produktive Arbeitsteilung festlegen, dass beispielsweise im Wahlkampf die einen aktiv sind und sich auf entsprechende Angebote konzentrieren, andere sich zurückhalten. Die Studien haben auch gezeigt, dass sich sehr wenige politische Bildungsträger im Wahlkampf beteiligen,

auch die überparteilichen Bildungsträger, die offenbar immer davon ausgehen, dass andere das schon erledigen. Es gilt also, einfach sichtbar machen, wer für wen verantwortlich ist und welche Teile des Marktes dabei eventuell unberücksichtigt bleiben.

Dann das Imageproblem, das sicherlich nachher im Streitgespräch auch noch behandelt wird. Politische Bildung wird stark mit interessengebundenen Trägern und der Ausrichtung auf einen kleinen Teil der Bevölkerung gleichgesetzt. Man muss versuchen, mit anderen Angebotsformaten auch breitere Bevölkerungskreise zu erreichen. Breitenbildung müsste mit kompakteren Informationsangeboten die Grundaufgaben politischer Bildung erfüllen, die ich Eingangs genannt habe. Die Elitenbildung hat die Aufgabe, Funktionseliten auszubilden und Spezialkenntnisse zu vermitteln.

Wie könnte so was aussehen? Wir hätten einerseits den Bereich der Breitenbildung, der durch die sogenannten interessenungebundenen Träger wie beispielsweise den Volkshochschulen, anderen Bildungsträger und den angesprochenen selbstorganisierten Zellen politischer Bildung präsentiert wird und auf der anderen Seite die Elitenbildung in Form von den Parteistiftungen, Kirchen, Gewerkschaften und Arbeitgebern.

Die Bildungsarbeit müsste stärker regionalisiert werden; sinnbildlich verdeutlicht mit dem Aufbruch zum Bürger. Es müsste eine kontinuierliche Arbeit mit den Bürgern vor Ort stattfinden und diese auch eher prozess- und intervallorientiert. Eine politische Bildungsarbeit, die nicht nur auf Bildungsformate wie tiefer greifende Seminare oder Vorträge aufbaut, sondern z.B. auch stärker auf den Infostand zurückgreift. Rausgehen auf die Straßen, den Menschen beispielsweise das neue Kommunalwahlrecht erläutern, das auf sie zukommt. Oder neu zu entwickelnde Angebote zu anstehenden Volksentscheiden.

Der nun folgende Punkt hört sich eigentlich recht lapidar an, sollte meiner Meinung nach auch eine Selbstverständlichkeit sein, wird aber m.E. von der politischen Bildung noch zu wenig beachtet. Jedem ist es bewusst, dass die Medien einen wesentlichen Konkurrenten darstellen. Hier wäre intensiver darüber nachzudenken, was die Stärken politischer Bildung sind. Wahrscheinlich die direkte Kommu-

nikationsmöglichkeit vor Ort. Beispielsweise Menschen die Orientierung suchen, die Möglichkeit zu geben, sich miteinander über aktuelle Ereignisse, z.B. dem 11. September, auszutauschen.

Ich möchte nun auf einige Auswahlkriterien, die sich aus dem Bericht 2002 ergeben, eingehen. Ein Angebot zur politischen Bildung muss vor allem – 65% bis 80% der Bevölkerung sind dieser Meinung – aktuelle und konkrete Themen behandeln und es muss leicht zu finden sein. Wenn man schon dazu bereit ist, sich mit politischen Themen auseinander zu setzen – und das bei geringem Zeitbudget – dann will man auch nicht lange danach suchen. Das bedeutet z.B., dass eine entsprechende Trägerdatenbank aufgebaut werden müsste. Und es muss in der Öffentlichkeit besser kommuniziert werden, dass politische Bildung nicht nur in der Schule verortet ist. Dies war nämlich das Ergebnis des kognitiven Pre-Tests, um die Befragung zum Bericht zu konstruieren. Da ist noch eine ganze Menge an Kommunikations-, Informations- und Vernetzungsarbeit zu leisten. Ein solches Angebot darf nur wenig kosten, sollte in der Nähe des Wohnortes, bzw. des Arbeitsplatzes stattfinden. Auch 80% der Bundestagsabgeordneten sind übrigens dieser Meinung. Also, weg von den fernab liegenden Bildungsstätten hin in die Städte und Gemeinden. Und zu guter Letzt, muss es überparteilich sein. Das sagen die Bürger und 89% der befragten Bundestagsabgeordneten nennen diesen Punkt auch als herausragend.

Die Breite der im Angebot behandelten Themen und die Zeiteffizienz sind ebenfalls wichtige Aussagekriterien. Jeder Zweite nennt sie als entscheidend für die Auswahl eines Angebotes und 91% der befragten Bundestagsabgeordneten erwarten, dass durch politische Erwachsenenbildung deutlich mehr Menschen erreicht werden als das bisher der Fall ist. Und das könnte auch eine Erklärung dafür sein, warum politische Bildung so stark unter Druck gerät. Übrigens, gibt es nur eine Minderheit von 7% der Bundestagsabgeordneten, die politische Bildungsarbeit überhaupt offen infrage stellen.

Helle Becker: Ich gehe dann mal von diesen drei Punkten aus, die Sie genannt haben: Die Desiderate politischer Bildung müssen Dienstleistungscharakter bekommen. Es sollte strukturell, inhaltlich und auch von den Formaten her betrachtet eine Trennung zwischen Breiten- und Elitenbildung ge-

ben und der Grundsatz der Aktualität sollte besser beachtet werden.

Ich fange mit der Frage der Eliten- und Breitenbildung an. Sie haben das ein bisschen vorgetragen – ich spitze das mal zu – wie so eine Art Zweiklassensystem. Demnach haben wir das Bildungsproletariat, das man punktuell an regionale Beratungsstellen verweisen kann, bei denen dann überparteilich, unabhängig, neutral und ehrenamtlich Sachverhalte erläutert werden.

Sie haben herausgefunden, dass die größte Zustimmung zu Formaten dort liegen, wo es um die schnelle Information geht, also durch Broschüren, Faltblätter oder andere Informationsmedien. Auf der anderen Seite finden klassische Formate – Seminare, Bildungsreisen, der Bildungsurlaub – die geringste Akzeptanz. Sie schlagen deshalb vor, diese intensiven Formate der Elitenbildung vorzubehalten.

Karsten Rudolf: Gegen diese Zuspitzung, die Breitenbildung für die Armen und die Elitenbildungen für die gesellschaftlich Aktiven, würde ich mich verwahren. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass derzeit die breite Masse von politischer Bildungsarbeit links liegen gelassen wird. Sie erscheint für sie bedeutungslos, ansonsten wäre die Reichweite wohl höher. Momentan haben wir das von Ihnen pointierte Zweiklassensystem. D.h. die derzeitige politische Bildungsarbeit, die ich als Elitenbildung bezeichne, bezieht sich einerseits auf Funktionsebenen und andererseits aber auch auf die Arbeit mit sozial Benachteiligten und Angehörigen entsprechender sozialer Milieus. Das ist, wenn man von der optimistischen Schätzung von 5% Beteiligung ausgeht, eine Minderheit, also eine privilegierte Elite. Die Breite wird zurzeit ausgeschlossen. Ich möchte den Blick dahin gehend öffnen, dass diese Breite durch politische Bildung derzeit nicht berücksichtigt wird. Es wären ganz andere Formen und Arbeitsweisen notwendig, um diese überhaupt ansprechen und erreichen zu können. Das meint das Plädoyer für Breiten- und Elitenbildung. Breitenbildung muss dann auch andere Arbeitsweisen aufbauen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich die breite Masse eher durch kompaktere Bildungsangebote angesprochen fühlt. Dann müssen wir diese Angebote eben machen. Ich sehe aber auch eine verstärkte Arbeitsteilung zwischen dem Bereich der Eliten- und der

Breitenbildung. Es sind keine Bereiche, die man gegeneinander ausspielen kann und darf. Vielmehr müssen durchlässige Formen möglich sein. Ein Idealfall: Bürger formulieren einen Bildungsbedarf, sie möchten dazu gerne zu einem Bildungsträger gehen, der in der Nähe ihres Wohn- oder Arbeitsplatzes ist, der überparteilich und bekannt ist. Man will nicht lange danach suchen und kommt deshalb beispielsweise auf die Volkshochschulen. Sie hätten gerne, dass die Volkshochschulen eine solche Rolle übernehmen. Also wäre es folgerichtig, dass die Volkshochschulen solch eine Breitenbildung verstärkt anbieten, zumal sie in der Region schon vertreten sind und ein entsprechendes Netzwerk aufbauen könnten. Darüber hinaus wären sie in der Lage, Bürger mit tiefergehendem Interesse ein entsprechendes Angebot zu machen oder sie dahingehend zu beraten.

Wir werden uns in Zukunft Bildungsstätten mit Internatsbetrieben immer weniger leisten können. In einer solchen Situation muss man arbeitsteilig vorgehen. Das erfordert Bereitschaft zur stärkeren Kooperation der Bildungsträger untereinander. Noch ein Satz zum Verhältnis von Breiten- und Elitenbildung: Man darf ja nicht vergessen, wenn sich jemand zum Aktiven durch die Breitenbildung entwickelt, dann würde er entsprechend in den anderen Formen, nämlich im Bereich der Elitenbildung, aufgefangen und findet dort auch seine entsprechenden Angebote.

Beitrag aus dem Publikum: Diese Ausdifferenzierung finde ich methodisch durchaus interessant. Wir machen das an unserer Volkshochschule genauso. Wir machen es aber nicht inhaltlich als Eliten- oder Breitenbildung. Das stört mich an dem Begriff. Zumal wenn ich die Konsequenz betrachte, die Sie dann daraus ziehen, das Ganze nämlich billiger zu machen. Wir machen diese kurz angelegte Breitenarbeit und versuchen damit auch neue Teilnehmergruppen zu erschließen, die wir dann aber auch an das andere Angebot heranzuführen, wozu wir die Häuser brauchen. Dazu brauchen wir den formellen Teil und die Profession, die bezahlt wird und nicht nur das Ehrenamt. Und deswegen ist die Konsequenz, die Sie ziehen für mich ein Widerspruch. Als methodische Antwort kann ich das nachvollziehen, aber nicht mehr.

Helle Becker: Wir haben eben von Herrn Schröder gehört, dass er a) gesagt hat, da, wo bestimmte

Formate zugeordnet werden, also was auf dem Etikett draufsteht, da ist was ganz Verschiedenes drin

und b), er hat, wenn ich es richtig verstanden habe, auch gesagt da, wo politische Bildung drin ist, steht nicht immer politische Bildung drauf. Das heißt, die plakative Einteilung, die Sie machen, müsste demzufolge differenziert werden. Wie würden Sie das denn leisten?

Karsten Rudolf: Sie haben es im Prinzip richtig angesprochen, grundsätzlich müssten erst einmal bei einer erfolgten Trennung von Breiten- und Elitenbildung auch die förderungspolitischen Konsequenzen gezogen werden. Beim Landesverband Niedersachsen der Volkshochschulen hat man mir gesagt, dass sich das interessant anhört, sie würden das auch gerne machen. Das Problem sei, dass der Gesetzgeber nur veranstaltungsbezogene Formen fördere. Im übrigen bezweifle ich nicht, dass diese Ausdifferenzierungen in der plural organisierten Bildungsträgerlandschaft bereits vorhanden sind. Aber dennoch spitzen sich diese immer wieder auf 'veranstaltungsbezogene Angebote' zu. Die klassischen Arbeitsformen wie Abend-, Tages-, Wochenend-, Wochenseminare und Bildungsurlaube sind, wenn man die Ergebnisse des Berichts ernst nimmt, nicht die Bildungsformate, durch die sich die breite Masse angesprochen fühlt.

Herr Schröder hat bei der Evaluation im Prinzip auch festgestellt, dass es durchaus möglich ist, die Menschen zu erreichen. Wir müssen nur dazu bereit sein, andere Formate zu wählen und uns zu öffnen, also wegkommen vom Schubladendenken 'Veranstaltungsform', auch mal ganz andere Formate ausprobieren, die vielleicht auf den ersten Blick als zu oberflächlich erscheinen. Auch müssen wir uns der Situation stellen, dass die Subventionen im Fach zurück gehen. Wir müssen deshalb m. E. versuchen, nicht mehr das ganze Angebotsspektrum abdecken zu wollen. Arbeitsteilung heißt dann: Die einen machen geförderte Breitenbildung – auch mit anderen Formaten und führen den entsprechenden Einrichtungen, die noch Internatsbetriebe haben, Publikum zu. Das Ehrenamt stärker in diese ganze Struktur mit einzubauen, beziehe ich nicht auf den Bereich der Elitenbildung. Mein Plädoyer ist nicht, Personal abzubauen, denn auch im Bereich der Breitenbildung müssen entsprechende hauptamtliche Kräfte vorhanden sein,

die ehrenamtliche Bürger als Multiplikatoren für politische Bildungsarbeit gewinnen sollen und diese bei ihrem Qualifizierungsprozess begleiten. Diese Ehrenamtlichen sehe ich dann eher im Bereich der Breitenbildung tätig, die aber durch Hauptamtliche, die ja z.B. in den Volkshochschulen vorhanden sind, begleitet werden.

Beitrag aus dem Publikum: Ich finde ganz spannend, dass Sie mir einen Markt aufgezeigt haben. 95% Menschen warten auf das, was ich mit ihnen tun soll.

Karsten Rudolf: Das habe ich nicht gesagt.

Beitrag aus dem Publikum: Doch, doch! Sie haben gesagt, 5% erreichen wir, 95% sind eigentlich potenzielle Teilnehmer oder Teilnehmerinnen. Wir sind nur nicht phantasievoll genug, sie zu erschließen. Sie haben noch dazu das Dilemma beschrieben, dass es auch nicht mehr Geld gibt. Ganz zu Anfang haben Sie die Frage aufgeworfen, wer denn Interesse an politischer Bildung hat. Das wäre meine Frage an Sie, haben Sie mal die Bundestagsabgeordneten gefragt, ob sie an einer breiten politischen Bildung von Bürgerinnen und Bürgern interessiert sind und ob sie das überhaupt fördern würden?

Karsten Rudolf: Ich möchte nicht, dass das in eine falsche Richtung läuft. Zum einen habe ich nicht gesagt, 95% der Bevölkerung sind an Ihren Angeboten interessiert. Ich habe nur gesagt, dass wir die vollkommen links liegen lassen. Das konkrete Potenzial außerschulischer politischer Bildung ist ein ganz anderes. Das liegt bei 10% und bezieht sich auf die Menschen, die sagen, sehr wahrscheinlich würden sie ein solches Angebot wahrnehmen. Ich habe eine entsprechende sozialwissenschaftliche Methode zugrundegelegt, die versucht, die Spreu vom Weizen zu trennen. 10% ist demnach ein konkretes Potenzial, das relativ leicht mit entsprechender Fokussierung auf Themenwünsche zu erschließen wäre. Dann sind es weitere 38,5%, die sagen, ich würde mir ein solches Angebot politischer Bildung ansehen, würde es in Anspruch nehmen, wenn die Arbeitsweisen, wie ich sie beschrieben habe, entsprechend radikal geändert würden. Dazu wurden auch ganz konkrete Vorschläge von Seiten der Bürger gemacht.

Bei den Bundestagsabgeordneten wurde nicht

nachgefragt, ob sie für eine Trennung von Eliten- und Breitenbildung sind, ob sie entsprechende Fortbildungen unterstützen würden. Es wurde aber nach dem grundsätzlichen Bedarf politischer Bildung gefragt. Ich glaube, es waren um die 80%, die enorme Vermittlungsprobleme ihres politischen Handelns anmelden. Sie würden immer wieder vor der Situation stehen, dass sie den Bürgern entsprechende Konzepte nicht vermitteln können, weil aus ihrer Sicht entsprechendes politisches Grundwissen fehlt.

Achim Schröder: Sie haben eben die Elitenbildung gleichgesetzt mit dem, was an derzeitigen Angeboten existiert. Dem kann ich nicht zustimmen. Das müssen Sie in Ihrer Darstellung ändern, weil beide Studien, über die wir ja eben diskutiert haben, zeigen, dass die gegenwärtig von politischer Bildung erreichten Bevölkerungsgruppen vom Bildungsstand her betrachtet, fast dem Bevölkerungsdurchschnitt entsprechen. Von daher können Sie nicht von Eliten sprechen, das geht nicht.

Karsten Rudolf: 5% sind meiner Meinung nach Elite, Punkt! Egal, wie diese im Endeffekt geschichtet ist. Wir müssen uns dann mit den Ergebnissen noch näher beschäftigen.

Beitrag aus dem Publikum: Sie hatten ausgeführt, dass man noch stärker an die Menschen heran müsse, z.B. wohnortbezogener arbeiten müsse. Es gibt so ein Projekt namens 'Lernläden', wo man versucht in Kiezbereichen einen sogenannten Lernladen einzurichten, um mit dieser Institution Bürgerinnen und Bürger anzusprechen und sie dorthin einzuladen. Normalerweise funktioniert das ja immer nur, wenn man irgendwelche politischen Treffen hat. Wir kennen ja alle möglichen Leute, die Bürger beraten wollen, was politisch richtig ist und was nicht. Die Frage ist nun, wie Sie das umsetzen wollen. Das ist ja eine sehr interessante Variante, die Sie da anführen. Mir fehlen nur diese Leute mit dem Heiligenschein, die das können.

Beitrag aus dem Publikum: Anknüpfend an Herrn Schröder möchte ich feststellen, dass rein quantitativ gesehen 5% eo ipso keine Elite sind, sondern im Verhältnis zu 95% schlicht eine Minderheit. Wie diese Minderheit dann zusammengesetzt ist, ist eine ganz andere Frage.

Ein weiteres: Wenn Sie sagen, dass diese Ehrenamtlichen, an die ja ganz hohe Qualifikationsanforderungen gestellt werden, diese Form der von Ihnen gewünschten politischen Bildungsarbeit machen sollen, dann würde mich interessieren, wovon diese Ehrenamtlichen leben

a) während sie qualifiziert werden, um das zu tun und

b) würden sie dann 24 Stunden im Schichtdienst an den Bürgertelefonen sitzen?

Das ist jetzt überzogen, aber eine ehrenamtliche Tätigkeit in doch erheblichem Umfang, dürfte nach aller Erfahrung, die wir ja durchaus haben, kaum durchzuführen sein.

Gestatten Sie mir noch eine letzte Anmerkung: Ich leite eine großstädtische Volkshochschule. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die Stadtteilprogramme der großstädtischen Volkshochschulen mal lesen würden.

Beitrag aus dem Publikum: Mir geht es nochmals um ihren dritten Punkt, der Dienstleistung, die im Bereich der Breitenbildung erbracht werden sollte. Ich würde gerne die Frage anhängen, wie Sie sich überparteilich-neutrale Beratung vorstellen. Es sei denn, man ist eine Agentur, die schlicht und einfach auf vorhandene Angebote aufmerksam macht und diese weiterleitet. Und selbst das, könnte ich mir vorstellen, ist nicht unbedingt ohne Eigeninteresse.

Karsten Rudolf: Also, zum letzten Punkt muss ich einfach sagen, dass das eine Frage der Professionalität ist. Darüber wird wohl in dem folgenden Streitgespräch noch zu reden sein. Ich muss voraussetzen können, dass ein politischer Bildungsträger überparteilich-neutral arbeiten kann, außer er ist eben einer derjenigen, die missionieren wollen.

Zwischenruf aus dem Publikum: Sie müssen Bildungsträger und Bildner unterscheiden. Meinen Sie Personen oder Institutionen?

Karsten Rudolf: Institutionen werden durch Personen getragen. Diese Frage möchte ich an das Professionsverständnis eines politischen Bildners verweisen. Wir sind der Überzeugung, dass es zu

realisieren ist, indem alle Positionen ausgewogen dargestellt werden und ich nicht das Interesse habe, meine persönliche politische Position oder mein Gesellschaftsbild dem Anderen gegenüber in irgendeiner Form aufzuzeigen.

Nochmals zu der Abgeordnetenbefragung: Wenn die Abgeordneten sagen, es herrscht ein Vermittlungsdefizit in der Bevölkerung. Sie hätten Probleme, der Bevölkerung aufgrund fehlenden politischen Wissens Sachverhalte zu vermitteln, dann kann man versuchen das auseinander zu nehmen, was im Bericht auch gemacht wurde. Man kann auf die Politiker draufhauen und in den Chor der Politikerverdrossenheit einzustimmen. Die andere Möglichkeit ist aber zu überlegen, wie man als politischer Bildner konstruktiv etwas aus dieser Aussage macht.

Wenn es dieses Vermittlungsproblem in der breiten Bevölkerung gibt, dann müssen entsprechende Umschichtungen stattfinden bzw. müssen entsprechende förderungspolitische Maßnahmen als notwendig anerkannt werden, um Breitenbildung zu realisieren. Das würde ich nicht so einfach vom Tisch wischen, sondern würde versuchen, daraus was zu machen. Genau wie das, was wir Ihnen mit dem Bericht und den Handlungskonsequenzen sozusagen als Vision anbieten, als Diskussionsvorschlag aufzunehmen und zu überlegen, wie man das eigene Angebot weiterentwickeln kann. Wir setzen das in unserer Arbeit zum Teil schon konkret um und versuchen, das auch durch entsprechende Methoden mit den Teilnehmern durchzuführen. Ich denke, dass sich politische Bildungspersonen dem auch zuwenden sollte.

Es wurde eine ganz konkrete Frage dazu gestellt, wie das mit den Ehrenamtlichen laufen sollte. Ich bringe Ihnen ein ganz konkretes Beispiel: Wir versuchen z.B. Jugendliche, eine ziemlich schwierige Zielgruppe für politische Bildung, in sogenannten Demokratiewerkstätten mit einem entsprechenden Impuls von unserer Seite zu motivieren, in eine ehrenamtliche Rolle des politischen Bildners zu schlüpfen. Die machen das zum Teil in der Schule, zum Teil in ihrer Freizeit, um dort Angebote für ihr eigenes Umfeld – Authentizität ist das Stichwort – umzusetzen. Wir begleiten sie bei dem Ganzen und ermöglichen Ihnen z.B. Kontakte zu Politikern, helfen bei der Durchführung von Seminaren oder anderen Aktivitäten.

Zwischenfrage aus dem Publikum: Wer finanziert die Sachkosten?

Karsten Rudolf: Das machen wir ehrenamtlich.

Zwischenfrage aus dem Publikum: Sachkosten kann man ja nicht ehrenamtlich begleichen, die müssen ja irgendwo herkommen.

Karsten Rudolf: Beispiel?

Teilnehmer: Nehmen wir mal Räumlichkeiten.

Karsten Rudolf: Kann man kostenlos bekommen.

Ich will einfach nur dafür plädieren, kreativer in der Bildungsarbeit zu überlegen, wie man Kosten reduzieren kann. Es müssen nicht immer Kosten anfallen; wenn man z.B. Ehrenamtliche gewinnt. Wir haben z.B. über 80 Jugendliche die ehrenamtlich arbeiten. Es gibt Menschen, die viel Zeit haben, wie z.B. Frühpensionäre, aber auch andere Gruppen. Der entscheidende Punkt ist, das Interesse zu wecken und sie damit zum Engagement zu bewegen.

Wir erreichen damit zum einen die Engagement-Elite, also diejenigen, die sich ohnehin schon engagiert haben. Aber zum ganz wesentlichen Teil erreichen wir auch Jugendliche, die sich für die Demokratie engagieren und mit Politik auseinandersetzen wollen, aber eben nicht, und das ist auch ein sozialwissenschaftlicher Befund den wir zur Kenntnis nehmen müssen, in Form einer politischen Interessenauseinandersetzung, zumindest *noch* nicht.

Sie möchten nicht in eine Partei oder Bürgerinitiative gehen, sich aber durchaus mit den Sachverhalten von Politik auseinandersetzen. Und hier versuchen sie sich eben selbst gesteuert an zielbestimmten Themen. Sie entscheiden, mit was sie sich beschäftigen und organisieren ein dem entsprechendes Bildungsangeboten. Wir betreuen und begleiten sie. Teilweise lehnen sie sogar unsere Unterstützung ab und sagen, das kriegen wir schon alleine hin. Wir sind dann immer wieder positiv überrascht, was für Aktivitäten da rauskommen. Wir haben das auch in verschiedenen anderen Bereichen getestet. Wir setzen dies jetzt auch in der Bundeswehr mit um. Für die Schulen entwickeln wir das Konzept weiter.

Helle Becker: Ich glaube, dass das dem größten Teil der hier Anwesenden gar nicht so fremd ist. Aber Sie behaupten ja, dass Sie die Nutzerquote von 5% mühelos geradezu auf 10% bekommen, wenn man nur einige Sachen beachtet. War es das schon oder hätten Sie da noch mehr Tipps?

Karsten Rudolf: „Mühelos“ ist es nicht, denn ansonsten würde die Profession sich leichter darauf einstellen.

Helle Becker: Wie eine Marketinganstrengung?

Karsten Rudolf: Also, ich bezweifle, dass Bürgerorientierung in der politischen Bildungsarbeit wirklich gewünscht ist. Man sieht es auch an einigen Reaktionen auf den Bericht. Ein großer Teil der Vertreter der Profession will einfach nicht zur Kenntnis nehmen, was die Bürger wünschen, dass sie eben eher durch kompakte Bildungsformate erreichbar sind, dass sie eben andere Bildungsträger, andere Arbeitsweisen wünschen. Sich diesem Interesse anzupassen, ist offenbar für die Bildungsträger kein leichter Schritt, wie die entsprechenden Reaktionen auch zeigen.

Streitgespräch

Politische Bildung:

Die Zukunft einer Profession

PD Dr. Klaus-Peter Hufer – VHS Viersen, Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Wolfgang Sander – Universität Gießen

Moderation: Dr. Helle Becker

Helle Becker: Ich möchte mit Herrn Sander anfangen und zwar gleich mit einem kleinen Outing, das er mir hoffentlich verzeiht. Herr Sander hat die eben vorgestellte Arbeit von Karsten Rudolf als dessen Doktorarbeit betreut. Wie erklären Sie sich denn die Furore, die dieser Bericht zur politischen Bildung offensichtlich macht und die Hitze, die er in den Gemütern entfacht?

Wolfgang Sander: Das wäre sicher ein Thema für eine eigene empirische Studie, wenn man jetzt wissenschaftlich antworten sollte, aber das kann ich Ihnen nicht bieten, sondern ich kann allenfalls ein bisschen spekulieren. Die Furore, die die Datenerhebung gemacht hat, liegt meines Erachtens einfach daran, dass es bisher keine gab. Es ist der Versuch gewesen, eine fachliche Streitfrage zu beantworten, die sich seit langem stellt: Wie groß ist eigentlich das Potenzial der politischen Erwachsenenbildung? Gibt es so etwas wie einen größeren Markt über das hinaus, was wir ohnehin erreichen? Dazu gab es die unterschiedlichsten Meinungen und die Studie hat den Versuch gemacht, mit einer empirischen Erhebung, diese Frage zwar nicht endgültig zu entscheiden, aber doch mindestens mehr Klarheit zu schaffen. Dieser Versuch trifft auf viele Einstellungen, zu denen manches von dem, was sich in den Daten findet, halt nicht so recht passt. Wenn man sich auf die Ergebnisse einlässt, wird man in der Tat von manchen Einstellungen, die im Fach verbreitet sind, Abschied nehmen müssen, insbesondere von einer doch häufig anzutreffenden Grundhaltung von der Art: „Na ja, wir strengen uns ja schon seit vielen Jahren an. Im Grunde können wir nicht mehr Menschen erreichen.“ Und da sagt die Studie: „Hallo, wir können mehr erreichen!“ Das führt natürlich zu Ärger.

Helle Becker: Herr Hufer, von Ihnen – zumindest lese ich das immer – werden diese legendären 1% Erreichbarkeit immer zitiert. Nehmen Sie es einfach mal auf sich, dass Sie das erfunden haben. Also Sie haben die 1%-Diagnose gestellt und gesagt,

mehr wird nicht erreicht. Da hat Karsten Rudolf uns ja jetzt schon 5% zugestanden, Gott sei Dank. Was halten Sie nun von der Begründung von Karsten Rudolf, der mindestens drei Gründe dafür anführt, über politische Bildung neu nachzudenken. Einmal ist es die geringe Reichweite, eben 1% bis 5%, die fehlende Wirkungsforschung und die geringe Marktorientierung.



Dr. Helle Becker, Prof. Dr. Wolfgang Sander, PD Dr. Klaus-Peter Hufer

Klaus-Peter Hufer: Ich muss zu meiner Ehrenrettung sagen, dass ich die 1% nicht erfunden habe, sondern ich habe sie zitiert, und zwar aus dem ‚Berichtssystem Weiterbildung‘. Ich habe sie auch kritisiert, weil diese Zahl eine ganz enge Definition von politischer Bildung vornimmt. Es liegt hier nur staatlich orientierte Politik und Vergleichbares zugrunde. Ich bezweifle, dass diese 1% wirklich aussagekräftig sind. Ich bin schon der Meinung, dass politische Bildung wesentlich mehr erreicht und bezweifle auch, ob die immer wieder in den Raum gestellte Zahl von 5% ausreichend ist. Das ist ja nur die Zahl, die in einem Jahr erfasst worden ist. Nämlich wenn man weiterrechnet und diejenigen berücksichtigt, die ein oder 2 Jahre vorher teilgenommen haben, sind es wesentlich mehr. Ich bin überhaupt nicht pessimistisch, was die Situation und die Reichweite politischer Bildung angeht, sondern der Meinung, dass sie sich gut sehen lassen kann. Ich habe selbst im Augenblick eine Befragung in Nordrhein-Westfalen gemacht bei der wir zu dem Ergebnis kommen, dass in Nordrhein-Westfalen mit einer relativ engen Definition von politischer Bildung ungefähr 700 – 750.000 Menschen erreicht werden. Ich wundere mich eigentlich immer, wie so ein selbstreferenzielles System zu diesem wechselseitigen

Krisenlamento kommt. Das schaukelt sich permanent hoch. Man muss doch mal etwas gelassen sein und keine Omnipotenz fantasieren. Ich sehe da kein Versagen der politischen Bildner oder politischen Bildnerinnen. Sie machen sehr gute Arbeit, wovon ich mich an vielen Stellen überzeugt habe. Jetzt aus dieser ungeheuren Diskrepanz ein Versagen derjenigen zu machen, die sich an dieser Arbeit wirklich auch unter sehr schweren Bedingungen abstrampeln, halte ich einfach für unfair, unredlich und unseriös.

Die Furore, die die Studie von Karsten Rudolf macht, liegt darin, dass er nicht nur eine empirische Erhebung gemacht hat, sondern dass er Forderungen stellt. Er verbindet die Empirie mit bildungspolitischen und aus meiner Sicht sehr klaren neoliberalen Forderungen, und da macht er auch noch etwas, was sicherlich viele mit Recht verärgert, in dem er einfach behauptet, es gäbe so etwas wie einen Missionar in der politischen Bildung. Das ist Unsinn. Ich habe diesen Begriff immer mit Staunen zur Kenntnis genommen. Die TeilnehmerInnen sind nicht so selbstzerstörerisch orientiert, dass sie sich agitieren oder missionieren lassen wollten. So kann man auch gar nicht arbeiten. Und gleichzeitig, lieber Herr Rudolf – nehmen Sie mir das nicht Übel – sind Sie mit der Verwendung Ihrer Studie eine Art Krisengewinnler der derzeitigen ökonomischen Situation. Sie nehmen die Situation als unhinterfragbar und absolut nicht mehr veränderbar hin und sagen, daraus müssen eben die Konsequenzen gezogen werden. Und in dieser Verwendung ist die Brisanz Ihrer Studie begründet.

Wolfgang Sander: Jetzt besteht die Gefahr, dass wir die Debatte über die Studie von Karsten Rudolf sozusagen in dessen Abwesenheit fortsetzen. Das finde ich nicht so glücklich.

Ich teile allerdings die Auffassung in der Studie, dass die Reichweite das zentrale Problem der politischen Bildung ist. Ich mache das an zwei Beispielen fest. Das erste Beispiel bezieht sich auf Interviews auf der Straße, die heute Mittag vor dieser Veranstaltung geführt wurden. Die Reaktionen der jugendlichen und der erwachsenen Befragten auf die Frage, was denn politische Bildung und was ARBEIT UND LEBEN ist, machen deutlich, dass man uns kaum kennt. Hierin spiegelten sich doch diese Zahlen von 1% bis 5% Reichweite. Wir haben da ein Problem.

Zweites Beispiel: Ich betrachte mich schon als jemanden mit einem überdurchschnittlichen Interesse an politischen Fragen – nahe liegend, wenn man in der Profession tätig ist. Dennoch nehme ich als Bürger einer mittelgroßen hessischen Stadt politische Bildung nicht war. Nie! Wenn ich nicht gerade selbst in die Buchhandlung gehe und mir das VHS-Programm hole, begegnet mir politische Bildung nicht. Ich werde als Bürger niemals angesprochen von Angeboten politischer Bildung. Und ich vermute fast, dass das nicht nur mir so geht.

Helle Becker: Haben wir denn ein Problem der Werbung?

Wolfgang Sander: Wir haben *auch* ein Problem mit der Werbung. Aber wir haben tatsächlich ein Marketingproblem in einem etwas umfassenderen Sinn. Zunächst einmal ist zu fragen: Wen wollen wir überhaupt ansprechen, anders gesagt, wie kommen wir an das Segment von 10% der Bevölkerung, die wir nach der Studie von Herrn Rudolf relativ leicht erreichen könnten, faktisch aber nicht erreichen? Dazu müssen wir fragen: Was wollen diese Adressaten überhaupt? Welche Bedürfnisse, welche Probleme haben die Menschen, die wir potenziell ansprechen könnten? Weiterhin, welche Angebote können wir machen, um diese Bedarfe zu befriedigen und wie können wir sie so platzieren, dass es auch in die Zeit- und Arbeitsplanung der Adressaten passt? Dann erst kommt die Frage der Werbung.

Ich glaube, dass wir die ersten Fragen viel zu wenig stellen, weil wir als Fach zu sehr von unseren eigenen Traditionen her denken. Jeder Träger hat seinen – wenn es nach Klientel klingt, dann ist das zu negativ – mehr oder weniger angestammten Bereich von Menschen, die an das eigene Milieu gebunden sind und an denen man sich orientiert. Es gibt eine Tradition von Themen, die man pflegt, die einem wichtig sind. Das ist schon auffallend, um noch mal ein Detail aus der Studie von Karsten Rudolf zu zitieren, dass die Themen, die dem Fach oft wichtig sind, durchaus andere sind, als die der Befragten. Ich war selbst ziemlich überrascht, dass das Thema mit der größten potenziellen Nachfrage Gesundheits- und Sozialpolitik ist.

Klaus-Peter Hufner: Vielleicht eine kleine Nachhilfe in dieser Frage. Das Thema Gesundheits- und Sozialpolitik ist das Thema, das am meisten in den

Bildungsprogrammen auftaucht. Was mich ärgert, sind solchen Einschätzungen, als würden die Anbieter nur Programme für ihre kleinen Zirkel machen, sozusagen für den Kreis ihrer eigenen Lieben, die dann auch zuverlässig kommen. Ich kenne ganz viele engagierte Kolleginnen und Kollegen, die wirklich mit allen erdenklichen Mitteln versuchen, neue Gruppen anzusprechen und die das auch durchaus mit Erfolg, mit großer Fantasie und Kreativität, tun. Das ist einfach durch nichts empirisch belegt. Es ist fast eine glaubenssatzähnliche Formulierung, vom Missionar der politischen Bildung auszugehen und von diesen mittlerweile im Grunde verschlissenen, nur um sich selbst kreisenden, selbstreferenziellen und alt gewordenen politischen Bildnerinnen und politischen Bildnern, die den Konservatismus ihrer eigenen Institution pflegen. So, kann keiner, in irgendeiner Weise seine Legitimation gegenüber seinen Trägern rechtfertigen.

Was in dieser Diskussion verschwiegen wird, ist, dass das eigentliche Problem der politischen Bildung nicht in einer Zuschreibung der Profession liegt, sondern in der Art und Weise, wie sie nun bildungspolitisch behandelt wird. Das ist etwas, was mir viel mehr auf den Nägeln brennt. Wir erleben es ja in allen Institutionen und Organisationen, dass politische Bildung auf einen vermeintlichen Markt verwiesen wird und zunehmend unter Kostendruck steht. Viele Kolleginnen und Kollegen haben das Problem, unter abenteuerlichen finanziellen Voraussetzungen politische Bildung anzubieten. Wenn ich dann immer wieder den Begriff 'Markt' höre, dann muss darauf verwiesen werden, dass es schon immer einen Markt der politischen Bildung gab. Der war bildungspolitisch so gewollt, er ist gesetzt. Letztlich ist das die Pluralität der Träger und wenn jetzt eine Zweischneisen-Bildungspolitik anvisiert wird zwischen Elitenbildung einerseits und Breitenbildung andererseits, ist das eine Verkenning der gewollten bildungspolitischen Voraussetzung der Pluralität der Träger.

Auf diesen Markt war politische Bildung immer angewiesen und hat auf ihm konkurrieren können. Jetzt ist dieser Markt dadurch zusammengebrochen, dass er sozial nicht mehr gestützt ist. Ich sehe das große Problem in einer Art Sozial-Darwinismus, dass die Träger, die noch so etwas wie einen finanziellen Hintergrund haben noch über die Runden kommen, andere aber nicht. Ich halte es

einfach für eine Ablenkung, jetzt zu unterstellen, dass die Profession nicht ordentlich arbeiten würde.

Helle Becker: Nun gibt's ja, Herr Hufer, außer der unglücklichen Allianz der knappen Kassen und den Zuschreibungen über die Profession noch konzeptionelle Fragestellungen unter dem Gesichtspunkt gesellschaftlicher Umbrüche.

Herrn Sander, Sie haben gerade für eine deutliche Nachfrageorientierung gegen eine Angebotsorientierung plädiert. Wie weit würden Sie gehen mit dieser Nachfrageorientierung?

Wolfgang Sander: Die Frage ist eher, nach welchen Kriterien wir die Angebote entwickeln. Meine These ist, dass wir im Fach eine zu geringe Kultur darin haben, Zugänge zu Menschen zu entwickeln, die eben nicht von sich aus zu uns kommen. Wir schauen immer auf die, die sowieso kommen. Wir haben keine Kultur der Marktbeobachtung nach dem Motto 'Was wollt ihr eigentlich?' Meine Kernthese ist und da schließe ich an den Tagungstitel an: 'Die Zukunft der Profession ist ihre Professionalisierung'. Die politische Bildung muss eine Profession erst noch werden, sie ist erst auf dem Weg dahin. Stichworte für 'Profession' sind unter anderem die Stützung der Arbeit auf wissenschaftliche Grundlagen und eine Kultur von professionellen Qualitätsstandards, die unabhängig sind von den privaten Überzeugungen des Personals. Das heißt, wenn der politische Bildner bei ARBEIT UND LEBEN arbeitet, muss er im Grunde die gleichen Qualitätsstandards erfüllen wie z.B. bei den Arbeitgeberverbänden.

Zwischenruf aus dem Publikum: Muss er dann auch wechseln können?

Wolfgang Sander: Muss er auch. Aber eins nach dem anderen. Qualitätsstandards zeichnen Professionen aus. Es geht hierbei auch um Eigenverantwortung einer Profession für Qualitätsstandards und die Entwicklung einer eigenen Aus- und Fortbildungskultur, die unabhängig ist vom jeweiligen Träger. Weiter ist zu fragen: Was haben wir eigentlich für eine berufsqualifizierende Struktur in der politischen Erwachsenenbildung? Politischer Erwachsenenbildner wird man doch mehr oder weniger nach Zufallsprinzipien. Es gibt, soweit ich das sehe, keine strukturierte Ausbildung für diesen Beruf.

Noch ein Stichwort zum Verhältnis von Professionalität und Markt. Zugespitzt formuliert ist zu überlegen: Welche Leistungen kann diese Profession ihren potenziellen Adressaten bieten? Leistungen im Sinne von Dienstleistungen. Denn anders lässt sich wohl die Aufgabe von Bildungsangeboten in der Erwachsenenbildung nicht beschreiben.

Letztes Stichwort, Klaus-Peter, dann kannst du über mich herfallen. Den Begriff der Mission habe ich gebraucht in einem historischen Kontext, in dem ich untersucht habe, wie politische Erwachsenenbildung entstanden ist, welches die Gründungsmotive waren. Zu diesen Gründungsmotiven gehört ganz wesentlich, dass gesellschaftliche Interessengruppen sich ein Bildungsangebot schaffen wollten mit der Absicht, ihre Sichtweisen in die Bevölkerung hinein zu verbreiten und in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld Loyalität zu stiften. Daher kommt der Missionsgedanke. Nun behaupte ich damit nicht, dass alle Institutionen der politischen Bildung heute so arbeiten, ich sage aber, dass es im Habitus des Faches schattenhafte Restbestände davon gibt und dass diese noch im Image des Faches weiterwirken.

Klaus-Peter Hufer: Das Image des Faches wird ja erzeugt.

Wolfgang Sander: Das Fach erzeugt das Image zunächst mal selbst.

Klaus-Peter Hufer: Das bezweifle ich, das wird auch durch Zuschreibungen von außen erzeugt. Es gibt eine Professionalisierung der politischen Bildung seit Bestehen der Bundesrepublik. Es gab bereits in den fünfziger Jahren politische ErwachsenenbildnerInnen und es hat sich über die Jahre hinweg eine entsprechende Kultur entwickelt die sich weitgehend unabhängig gemacht hat. Das ist vielleicht ein Problem, vielleicht auch die Kränkung derjenigen, die an den Universitäten arbeiten, dass sich die Profession in ihren Fortbildungsbedürfnissen und der Organisation ihrer professionellen Struktur weitgehend unabhängig gemacht hat von den Universitäten. Weil nämlich vieles, was dort passiert, was dort gelehrt und was dort erarbeitet wird nicht mehr die Praxis erreicht.

Und ein weiterer Punkt: Es wird viel von Dienstleistung geredet. Ich meine, wir machen Bildungsar-

beit. Und das ist nicht nur Semantik, sondern in der Kategorie liegt auch ein Bewusstseinsstrom. Und da würde ich gerne wissen, wie du Bildung von Dienstleistung unterscheidest. Ich vermisste auch bei Karsten Rudolf eine klare Aussage, was dort Bildung ist. Da geht es um Informationen und Broschüren, schnell zu aktuellen Ereignissen produziert, aber der Kern, die Idee und die Ziele von Bildung, die hätte ich gerne mal gewusst. Im Interesse einer gemeinsamen Verständigungsbasis würde mich auch interessieren, ob es über die Dienstleistung hinaus auch inhaltliche und normative Ziele gibt.

Wolfgang Sander: Wenn du nach einem normativen Hintergrund fragst, ist die Frage für mich ganz einfach zu beantworten. Dafür steht der Begriff der Mündigkeit. Die Mündigkeit der Bürger, sich in ihren politischen Angelegenheiten selbst zu orientieren, ihre eigene Position zu entwickeln und darin unterstützt zu werden. Und hier auch liegen die Differenzen. Die professionelle Aufgabe des politischen Bildners ist es, die Adressaten in der Entwicklung ihrer eigenen Position zu unterstützen, und zwar auch dann, wenn das andere Positionen sind als die der eigenen Träger. Ich weiß, dass das im Fach vielfach auch so gesehen wird, ich weiß aber, dass es nicht überall praktiziert wird.

Klaus-Peter Hufer: Gerechtigkeit?

Wolfgang Sander: Gibt es jetzt eine Abfrage? Also, ich bin der Auffassung, dass über die Frage, was Gerechtigkeit ist und was nicht gerecht ist, die mündigen Bürger selbst entscheiden und nicht die politischen Bildner. Die politischen Bildner können ihnen eine Dienstleistung anbieten, die ihnen dabei hilft, sich z.B. über unterschiedliche Gerechtigkeitskonzepte zu informieren, sich schlau zu machen, auch über Hintergründe dieser unterschiedlichen Vorstellungen. Was denken die Liberalen und warum denken die so, was ist eine christlich-soziale Gerechtigkeitsvorstellung, warum denken die so? Aber es ist nicht die Aufgabe der politischen Bildung, sich und die TeilnehmerInnen da festzulegen.

Klaus-Peter Hufer: Wir sind doch alle irgendwie ein bisschen geprägt von den sechziger Jahren und dem Wertigkeitsstreit der deutschen Sozialwissenschaften. Seit dem wissen wir von dem Erkenntnisleitenden Interesse. Ich kann mir nicht vorstellen,

wie ein politischer Bildner authentisch, echt und überzeugt arbeiten soll. Der sich permanent zurücknimmt von seinen eigenen Positionen. Ich habe selbst eine eigene, ganz kleine Umfrage gemacht bei Volkshochschuleteilnehmern. Da ist herausgekommen, dass 85% der befragten VolkshochschuleteilnehmerInnen ausdrücklich wünschen, dass politische Bildner sich positionieren, dass die authentisch, echt, unverwechselbar und durchaus interessengebunden auftreten. Aber zur Professionalität gehört natürlich auch dazu, dieses in einer klaren fairen Vermittlungsform zu präsentieren. Aber sich als Person zurückzunehmen, das kann ich gar nicht nachvollziehen, wie so überzeugende, spannende, kreative Bildungsprozesse zustande kommen sollen? Ich glaube, es interessiert viel mehr, mit Menschen zu tun zu haben, die Positionen und Widersprüche zeigen, als diese reine Dienstleistungsfunktion in einer Gesellschaft, die immer mehr zu einer reinen Dienstleistungsgesellschaft wird. Wenn dann auch noch die politischen Bildung Dienstleistung ist, dann wäre das sicherlich die völlige Entpersönlichung dieses Unternehmens.

Wolfgang Sander: Da sind wir in der Tat bei einem spannenden Punkt. Die erste Frage war ja die nach dem normativen Hintergrund. Ich betone, dass Mündigkeit als *normatives* Ziel ausreicht. In der Idee der Mündigkeit liegt eine Brechung. Ich kann sozusagen, wenn ich pädagogisch arbeite, die Mündigkeit derer, mit denen ich arbeite, nur fördern, indem ich eine Trennung vornehme zwischen dem, was mir als *Bürger* politisch wichtig ist und dem, was ich *pädagogisch professionell* mit den Menschen erreichen möchte, mit denen ich arbeite. Diese Trennung ist eine Aufgabe und ein Kennzeichen aller Professionen. Jeder Therapeut muss zunächst einmal lernen, seinen Eigenanteil zurückzunehmen, wenn er erfolgreich mit Klienten arbeiten will. Diese strikte professionelle Trennung ist der Punkt, auf den es mir ankommt. Klar ist natürlich auch, dass man in der politischen Bildung persönlich mit Menschen und deren unterschiedlichen Ansichten zusammenkommen muss. Ich würde die Aufgabe der politischen Bildner als Person, als Leiter einer Veranstaltung eher darin sehen, diese Situation zu inszenieren. Also zum Beispiel, interessante Menschen, an denen man sich reiben kann, einzuladen. Aber man sollte diese Rolle nicht selbst spielen. Unsere Aufgabe ist es, die Menschen, die zu uns kommen, in ihrer Entwicklung zu

fördern – aber nicht durch die Auseinandersetzung mit mir als politischem Bildner. Deine VHS-Zahlen mit den 85% glaube ich dir. Gleichwohl haben wir vorhin eine andere Zahl gehört, dass nämlich über 80% der Bevölkerung sagen, das Wichtigste in der politischen Bildung sei die Überparteilichkeit. Unter professionellen Gesichtspunkten ist diese Trennung pädagogische Arbeit von der Privatrolle des Bürgers konstitutionell; und da fehlt es nach meinem Eindruck hier und da.

Beitrag aus dem Publikum: Herr Sander, mich interessiert, ob Sie Bildung als reine Informationsgebung verstehen? Für mich klingt raus, dass Sie neutrale Information haben wollen. Wo holt man die her, aus dem Internet oder sonst wo? Wir haben ja eine Informationsgesellschaft, wo man tausende von Informationen holen kann. Ist das die Form von Bildung, die Sie künftig haben wollen, ohne dass gebildet wird? D.h. gebildet auch durch Diskussion und den Meinungs austausch. Ohne das geht es doch nicht. Was Sie hier anmahnen, wird doch alles schon längst getan. Man holt sich zwei Meinungsvertreter, nur zur Diskussion kommen wir relativ selten, weil Sie sich ja allein beharken. Dabei wäre doch interessant, was die Zuhörer sagen und wie man zum Meinungs austausch kommt? Das bildet! Was Sie hier vortragen ist eigentlich nichts anderes als Informations austausch, mehr nicht.

Wolfgang Sander: Nein, überhaupt nicht. Das ist ja genau der Punkt. Wir haben ein Defizit, was die professionellen Fragen anbelangt. Wir müssen darüber nachdenken, was es eigentlich heißt, in einer Bildungsveranstaltung die Komplexität des politischen Urteilens der TeilnehmerInnen zu fördern. Das hat mit Informations austausch zunächst überhaupt nichts zu tun. Als Anbieter eines Seminars muss ich mich auf meine TeilnehmerInnen so einstellen, dass ich einen Lernzuwachs ermöglichen. Nicht unbedingt im Sinn von Wissen, aber z.B. im Sinne einer Erweiterung des eigenen Horizonts und der Auseinandersetzung mit einer neuen Perspektive.

Ich nenne zwei Beispiele, zum einen eine konkrete Erfahrung, zum anderen ein konstruiertes Beispiel.

Ich erinnere mich an ein Seminar, dass ich vor vielen Jahren bei ARBEIT UND LEBEN in Zeiten der Friedensbewegung 1979/80 in Zusammenhang der Nato-Doppelbeschlussdebatte durchgeführt habe.

Wir hatten dazu eine Pro- und Contra-Diskussion vorbereitet und durchgeführt. Aufgabe war es, dass eine Gruppe die Pro-Position und eine andere Gruppe die Contra-Position vorbereiten sollte. Das Problem war, dass alle TeilnehmerInnen von ihrer persönlichen Einstellung her gegen die Nachrüstung, also in der Contra-Position waren. Bei der Diskussion zeigte sich dann, dass diejenigen, die sich ernsthaft auf die gegenteilige Position einlassen mussten, am meisten gelernt und die anderen dann in den Sack gesteckt haben.

Ein anderes Beispiel:

Beim Irak-Krieg vor einem halben Jahr gab es ein breites Einvernehmen der Bevölkerungsmehrheit mit der Bundesregierung und vermutlich auch, was ich so wahrnehme, mit der Mehrheit der Akteure in der politischen Bildung. Was ist denn in einer solchen Situation eigentlich die Aufgabe der politischen Bildung? Nach meiner Sicht ist die Aufgabe der politischen Bildung, exakt dieses vorgängige Einvernehmen zu erschüttern und die TeilnehmerInnen mit der gegenteiligen Position zu konfrontieren. Die sollen mal probeweise die Position von Bush einnehmen und sie vertreten.

Klaus-Peter Hufer: Es gibt in der Erwachsenenbildung den Begriff der Gegensteuerung. Ein alter Begriff, der mittlerweile in die Versunkenheit geraten ist. Der sagt, Gegensteuerung sei Aufgabe von Bildung und meint, gegensteuern gegen das, was Mehrheitsmeinung immer wieder sagt, gegensteuern gegen das, was sowieso allgemein zugänglich ist, gegen das, was evident ist. Gegensteuerung gegen diejenigen, die durchsetzungsfähig sind. Wenn man das ernst nimmt, dann kommt eine Kategorie in das Spiel, die wir bisher kunstvoll umschiffen haben, nämlich Parteinarbeit.

Politische Bildung ist Parteinarbeit. Z. B. die Parteinarbeit für Demokratie, das ist immer eine normative Angelegenheit. Sie ist Parteinarbeit für diejenigen, deren Interesse ich wahrnehmen muss, weil sie sich nicht artikulieren können in dieser Gesellschaft, sie ist Parteinarbeit gegen Rechtsextremismus, gegen Fremdenfeindlichkeit und dergleichen mehr. Das ist mit einem reinen Dienstleistungsservice von politischer Bildung doch nicht gewährleistet. Welche Dienstleistung soll ich denn den Republikanern anbieten, wenn die sich beispielsweise an diesen Service wenden und eine Information haben

wollen? Dann heißt es doch dagegen arbeiten. Politische Bildung ist eine politische Veranstaltung, die Menschen unterstützen will, sich mit Demokratie zu identifizieren und sich für die Demokratie zu engagieren. Und das geht ohne normative Dimension und ohne Parteinarbeit nicht. Ein politischer Bildner, eine politische Bildnerin ohne diese Position, ohne dieses Engagement für Demokratie und ohne sich einzulassen auf Prozesse der Gegensteuerung, ist mir unvorstellbar. Andererseits gibt es ja nicht nur eine so rational erscheinende Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft, sondern es werden ja auch in dieser Gesellschaft Ideologien, Vorurteile, Stereotypen, Ideologien und Weltbilder kolportiert. Ich vermisse von dir eine Antwort auf die Frage, wie mit Vorurteilen umzugehen ist oder mit dem Rechtsextremismus.

Wolfgang Sander: Nehmen wir mal das Stichwort Rechtsextremismus. Das erste Missverständnis in den Debatten über politische Bildung als Dienstleistung ist immer, dass man dann auch Seminare im Sinne von Dienstleistung für die Republikanerpartei oder die DVU anbieten müsse. Das muss ich natürlich nicht!

Klaus-Peter Hufer: Warum nicht? Wenn der Markt das will.

Wolfgang Sander: Also, entschuldige mal! Das ist doch wirklich ein Klischee zu glauben, dass die Märkte so funktionieren, dass alle Anbieter auf einem Markt allen alles anbieten. „Die Zeit“ als Wochenzeitung macht immer noch keine Sonderausgabe für die Republikaner, weil sie ihre Aufgaben eben anders sieht. Und wir sehen unsere Aufgabe als politische Bildner in der politischen Bildung. Wenn wir über normative Bezüge sprechen, geht es um die Mündigkeit von Bürgern. Und es zwingt doch niemand eine Institution der politischen Bildung, eine Dienstleistung für einen rechtsradikalen Verein zu erbringen.

Helle Becker: Ich komme nochmals auf die Studie von Karsten Rudolf zurück. Er stellt fest, dass – ich zitiere – „erschreckend wenige interessiert sind an interkulturellen Themen“. Sie werden doch sicher zustimmen, dass es trotzdem eine objektive Notwendigkeit gibt, diese Themen in der politischen Bildung zu behandeln. Das ist wohl auch eine Frage nach der Normativität, wodurch legitimieren Sie das dann, wenn Sie es nicht tun?

Wolfgang Sander: Ich würde sagen, das ist eine Frage des richtigen Zeitpunkts und des richtigen Themas, weniger eine der Normativität. Ich würde interkulturelle Fragen nicht deswegen beständig thematisieren, weil sie für gute Bildner aus ihrer Sicht wichtig sind, sondern weil sie in der Tat ein gesellschaftliches Problem anzeigen. Aber sie sind auch nur deshalb ein gesellschaftliches Problem, weil es Menschen gibt, für die dies ein Problem ist. Gesellschaftliche Probleme entstehen dadurch, dass Menschen soziale Situationen als problematisch definieren. Es gibt in dieser Gesellschaft viele Menschen, für die es in Fragen der Interkulturalität Probleme gibt und die sie auch für sich als Problem definieren. Als Bildungsinstitution muss ich dann den geeigneten Anlass finden, um ein passendes Angebot zu machen. Beispielsweise wäre der Kopftuchstreit ein aktueller Anlass. In einer solchen Situation muss die politische Bildung mit einem passenden Angebot präsent sein, um den Leuten zu erklären, worum es da geht.

Klaus-Peter Hufer: Ich stelle mit Freude fest, dass von der reinen Nachfrageorientierung abgerückt wird. Also so, wie du jetzt gerade argumentiert hast, ist es keine Nachfrageorientierung mehr, da müssen auch gesellschaftliche Sorgethemen aufgegriffen werden.

Wolfgang Sander: Nein, ich habe versucht zu klären, wie gesellschaftliche Probleme als Probleme wahrgenommen werden. Es gibt keine objektiven Instanzen, die definieren, was gesellschaftliche Probleme sind. Gesellschaftliche Probleme entstehen dadurch, dass sie von Menschen definiert werden. Und in dem Moment, wo sie definiert werden, sind sie für einen Teil der Bevölkerung Sorgethemen und zwar dadurch, dass sie als Probleme definiert werden. Dann muss die politische Bildung es schaffen, mit den passenden Angeboten präsent zu sein. Wenn ich jetzt ein Angebot zum Kopftuchstreit machen würde, wäre meine Fragestellung nicht 'für oder gegen Kopftuch'. Das zu entscheiden, ist doch gar nicht meine Sache als politischer Bildner. Meine Aufgabe als politischer Bildner ist es, ein attraktives, interessantes Angebot zu machen, das den Leuten, die sich dafür interessieren, die Möglichkeit bietet, sich selbst ein vernünftiges und profundes Urteil zu bilden.

Klaus-Peter Hufer: Das ist ein intelligentes Bei-

spiel. Aber jetzt nehmen wir mal einen Anschlag auf ein Asylbewerberheim in irgendeiner Stadt.

Wolfgang Sander: Das ist eine Frage für die Polizei, aber nicht für die politische Bildung.

Beitrag aus dem Publikum: Ich halte es für völlig unmöglich, maßgeblich wertfrei daherzukommen. Auch jeder Therapeut wird letztendlich einen Bezug zu seinem Wertekanon herstellen. Es kann nicht angehen, dass jemand wertfrei bei einer politischen Qualifizierung irgendwelche Fakten aneinander reiht. Wenn der Konstruktivismus ernst genommen wird, müssten Sie zugeben, dass die Wirklichkeit immer eine konstruierte ist, egal, was Sie treiben. Es gibt nicht *die* Wirklichkeit, die jeder wahrnimmt. Gehen Sie doch mal ins Kino oder wir beide gehen ins Kino, wir sehen uns einen Film an und danach erzählen wir beide uns etwas über diesen Film, den wir gemeinsam gesehen haben. Wir werden zu völlig unterschiedlichen Urteilen kommen. Wenn man das auf die Gesellschaft überträgt, wird das katastrophal. Politische Bildung muss immer engagiert sein. Wenn sie das nicht ist, ist sie im Grunde genommen eine Aneinanderreihung von reinem Faktenwissen. Und das ist meines Erachtens nicht sinnvoll.

In Karsten Rudolfs Schlussfolgerungen steckt eine große Gefahr. Er sagt nämlich, wir brauchen keine Bildungsstätten mehr, die Kosten könnt ihr euch schon mal sparen. Wir brauchen keine Orte mehr, wir sind völlig frei und flexibel geworden. Es gibt durchaus positive Ansätze bei ihm, aber auch eine ganze Menge Fakten, die immanent politisch gefährlich sind für alle diejenigen, die sich Mühen, diese Orte der Bildung zu erhalten.

Und das Dritte, was ich anmerken möchte. Man kann niemanden politisch bilden, jeder kann sich nur selber bilden. Dafür sind wir auf ein Mindestmaß von Bereitschaft in der Bevölkerung angewiesen. Das ist ein Kernproblem z.B. der Gewerkschaften heutzutage, die Millionen Beiträge einsetzen, um neue Mitglieder zu bekommen. Und dann erwarten wir von denen, die zu uns kommen, dass sie zu ganz bestimmten Werten stehen. Ich glaube, wir sollten nicht denen hinterherhecheln, die wir nie kriegen werden. Wir sollten den Menschen, die diese Klippe überwunden haben, sagen, dass es um ihre Bedeutung in der Gesellschaft geht, in dem ich mich für sie engagiere. Und das ist nun mal

meines Erachtens der kleinste Teil der Bevölkerung. Damit müssen wir uns abfinden.

Wolfgang Sander: Ich bin nicht bereit mich damit abzufinden, dass die politische Bildung nur den kleinsten Teil der Bevölkerung erreicht. Dazu bin ich nicht bereit! Auch deshalb nicht, weil ich weiß, dass das auf lange Sicht der Tod des Faches ist. Wir können nicht davon ausgehen, dass die öffentliche Hand auf lange Sicht bereit ist, ein Institutionsgefüge zu finanzieren, das von vorneherein sagt, dass es sich damit zufrieden gibt, nur den kleinsten Teil der Bevölkerung zu erreichen.

Zweitens habe ich eine Rückfrage. Sie haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, für einen stärkeren Wertebezug plädiert. Ich würde gerne wissen, was das für die Praxis bedeutet. Ich habe mich für eine strikte Trennung von Bürgerrolle und Professionsrolle ausgesprochen. Als Bürger bin ich jemand anderer als in meiner Berufsrolle als politischer Bildner. Dagegen haben Sie argumentiert und gesagt, dass ich aber eine Werteorientierung haben muss. Ich würde gerne wissen, was das für die Praxis bedeutet.

Beitrag aus dem Publikum: Ich will das mal überspitzen: Kein Satz, den irgendjemand sagt, ist ohne Werthintergrund. Kann er gar nicht sein! Und vor diesem Hintergrund erwarte ich von meiner Profession politische Bildung, dass diese Werte in jeder Situation offen gelegt werden. Herr Rudolf hat in seinem Vortrag das schöne Wort 'Transparenz' gebraucht. In der Wertefrage muss ein politischer Bildner transparent sein! Wenn er das ist, dann trägt er aus meiner Sicht zur Mündigkeit der Bürger bei. Eine Mündigkeit, die im Übrigen auch werteorientiert ist. Und wenn sie es nicht ist, führt sie geradewegs in die Katastrophe, in die politische; das hatten wir schon mal.

Beitrag aus dem Publikum: Ich möchte ein praktisches Beispiel aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit anführen. Wenn es um Werte geht wie etwa Mündigkeit geht es auch um den Wert der Demokratie. Nun gibt es aber in dieser Gesellschaft einen großen Bereich, wo es keine Demokratie gibt, nämlich in der Wirtschaft. Wenn ich jetzt also über Wirtschaft spreche, müssen wir auch darüber reden, dass diese Wirtschaft undemokratisch organisiert ist und wenn sie sozusagen adäquat der gesellschaftlichen Organisationsprinzipien or-

ganisiert werden sollte, müsste sie verändert werden. Wenn das mein Thema in der politischen Bildung ist, wie soll ich denn da ohne Position rein gehen, ohne meine Werte zu verleugnen?

Beitrag aus dem Publikum: Herr Sander, Sie haben vorhin gesagt, man müsse sich als Person wie ein Therapeut zurücknehmen. Ich stimme Ihnen im Grundsatz zu, dass man sehr wohl mit dieser Vorsicht in der politischen Bildung arbeiten muss, aber wie weit geht diese Zurücknahme? Es wurde ja schon gesagt, dass der Therapeut das auch nur begrenzt tut und auch eine Wertvorstellung von dem hat, was z.B. eine Identität in einer modernen Zeit und eine Individualität bedeutet. Bei der politischen Bildung ist es ja noch ein bisschen brisanter. Ich meine, dass diese Zurücknahme nur sehr bedingt sein darf, weil das am Anderen lernen einen wesentlichen Teil der Lernprozesse ausmacht. Ich lerne, indem ich mich an Anderen reibe. Das kann ich auch an dem tun, den der Bildner von außen einlädt, erscheint mir aber als durchgängiges Prinzip problematisch, denn ich bin ja derjenige, der die ganze Woche oder das Wochenende mit denen das Seminar macht. Was bin ich dann eigentlich für eine Figur, wenn ich über diese Distanz keine Position beziehe. Ich mach doch eine Chimäre auf! Das halte ich für ein Riesenproblem, dass sich sozusagen eher was verdecke als was aufdecke. Natürlich muss ich aufpassen mit meinem Wunsch, dass der Andere meine Position einnimmt, insofern stimme ich dem allgemeinen Ziel der Mündigkeit natürlich voll zu. Aber wie ist der Prozess dorthin? Der geht, glaube ich, nur durch das Lernen am Anderen.

Wolfgang Sander: Im Regelfall sind *die anderen* erst einmal die anderen TeilnehmerInnen. Es ist die professionelle Aufgabe des Leiters eines Seminars, das Lernen der anderen an dem anderen zu organisieren. Es gibt natürlich immer wieder Situationen, wo die Teilnehmer wissen wollen: „Und wie siehst du das denn jetzt, wie sehen Sie das als Seminarleiter?“ Dann sage ich ihm das! Aber das sage ich als *Privatperson* und nicht als fachliche Autorität in der Rolle des Seminarleiters. Aber das kann nicht die *professionelle* Aufgabe der politischen Bildung sein, im Übrigen auch nicht die der gewerkschaftlichen Bildung. Wenn es die offizielle Position einer Bildungsinstitution ist, in ihrer Bildungsarbeit die Position zu vertreten, dass die Wirtschaft undemokratisch ist und demokratisiert werden muss, dann ist das ein Beispiel für Missionierung. Denn Sie ent-

scheiden eine kontroverse Position quasi institutionell vor und benutzen eine Bildungssituation, um andere von dem zu überzeugen, was Sie für richtig halten. Ihre Aufgabe ist m. E. vielmehr in der Bildungssituation eine Kontroverse zu inszenieren. Sie müssen es dann aushalten, dass TeilnehmerInnen unter Umständen der Auffassung sind, die Gewerkschaften irren in dem Punkt. Das müssen Sie nicht nur aushalten, sondern unter Umständen sogar initiieren, nämlich dann, wenn Sie einen vorgegebenen Konsens haben und Sie merken, dass die TeilnehmerInnen sich alle sehr schnell einig sind, aber gar nichts dazu lernen. Dass sie nur hier sitzen, um sich zu bestätigen. Dann muss man eine kontroverse Situation erzeugen.

Beitrag aus dem Publikum: Wir sitzen hier ja in einer Gemeinschaft von Pädagogen und Organisatoren der Erwachsenenbildung, nicht der schulischen Bildung. Ich glaube, das ist der Unterschied. Herr Sander, ich habe den Eindruck, dass Ihre pädagogischen Aspirationen auf dem Niveau der Politikdidaktik verharren, wie ich sie aus der Schule kenne.

Die Spitze Ihres Bildungsbegriffs kulminiert sozusagen im Begriff der Mündigkeit. Wenn wir uns aber mit Erwachsenenbildung auseinandersetzen, wissen wir, dass die Erweiterung der Handlungsfähigkeit, und zwar insbesondere der Handlungsfähigkeit von Menschen, die mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen nicht zufrieden sind, eine Bildungsaufgabe ist um so ihre Situation gemeinsam zu verändern. Zu dieser Veränderung gehört auch, dass man diese Situation analysiert und reflektiert hat, um dann nach Möglichkeiten zu suchen, wie man gemeinsam etwas dafür tun kann. Der Handlungsbegriff und die Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten, die Begriffe von Eigensinn und von Solidarität in einem umfassenden Sinne, und zwar nicht als Schlagworte, sondern als Innenleben der Gemeinschaft von Menschen zu erkennen und gestalten zu wollen, halte ich für eine wichtige Bildungsaufgabe.

Ich weiß nicht, ob die Kopftuchdebatte überhaupt ein Problem unseres Zusammenlebens anzeigt. Ich halte das z.B. eher für so einen Bereich, wo es nur um Meinungsbildung geht. In der Tat, Sie kulminieren immer wiederum auf Meinungsbildung als letztem Ziel der politischen Bildung, während wir von der Erfahrung getragen sind, dass es irgendwie um die Erweiterung gesellschaftlicher Handlungs-

fähigkeit geht. Ich erinnere an einen Erfahrungssatz der deutschen Arbeiterbewegung, der lautet ganz einfach, „Wer nach allen Seiten hin offen ist, der ist nicht ganz dicht.“

Wolfgang Sander: Klingt witzig und macht sich natürlich gut, trifft aber nicht das Problem. Denn was Sie ausgeführt haben, ist eine Deutung, eine stellvertretende Deutungsperspektive. Sie haben den Leuten quasi gesagt, wo ihre Interessen sind. Meine Bildungsperspektive ist hingegen, dass die TeilnehmerInnen ihre Interessen bitte für sich selbst finden mögen. Sie brauchen keine Stellvertreterdiskussion, keine Stellvertreterdeutung dafür, dass Solidarität gut für sie ist. Natürlich muss politische Bildung die Menschen handlungsfähig machen, aber die Menschen mögen dann selbst entscheiden, wofür sie handeln wollen und wofür nicht. Das ist der entscheidende Punkt.

Lassen Sie mich mit Blick auf Schule noch ein Stichwort sagen, und das würde ich auch für andere Bereiche der Erwachsenenbildung gelten lassen: Ich glaube, es gibt relativ klare Kriterien dafür, was gute Fremdsprachenbildung ist, und das gilt sowohl für die Schule wie für die außerschulische Bildung. Es gibt relativ gute Kriterien dafür, wenn sie auch unterschiedlich ausgelegt werden, was guter Journalismus ist, was eine professionelle verlegerische Arbeit ist, was professionelle Computerbildung ist. Ich möchte gerne dahin kommen, dass wir auch Kriterien dafür entwickeln, was professionelle politische Bildung ist. Da ist unser Fach nämlich im Vergleich zu anderen Bereichen der Erwachsenenbildung in einer Sondersituation. Und die würde ich gerne überwinden, um die Chancen für das Fach zu verbessern.

Helle Becker: Ich möchte gerne eine abschließende Frage stellen. Um noch mal auf unser Oberthema 'Zukunft einer Profession' zurückzukommen und Ihnen die Gelegenheit zu geben, das Feld wieder zu öffnen noch eine kurze Frage mit der Bitte um eine kurze Antwort:

Sie haben so viel Geld und Ressourcen an Personal, wie Sie wollen. Was, denken Sie, sollte sich ändern?

Klaus-Peter Hufer: Was mich am meisten bedrückt in der politischen Bildung, ist die Tatsache, dass hier eine Generation gemeinsam in dieses Fach eingestiegen ist und gemeinsam aus diesem Fach

auswandern wird. Ich vermisse zumindest die 25 bis 30-jährigen, die als politische Bildnerinnen und politische Bildner eine Berufschance haben. Da sehe ich das zentrale Problem unseres Faches, denn darin entsteht wirklich eine Perspektivverengung, wenn immer mehr gerontokratisch anfällige Leute diesen Bildungsbereich und sich selbst verdummen. Die Volkshochschulen versuchen dann mit über 50-jährigen die sogenannte 'Junge VHS' auf die Beine zu bringen und bieten dann Hip-Hop für Jugendliche an, dabei ist das eigentlich gar nicht ihre Intention. Ich habe vor einiger Zeit eine Recherche gemacht, was Bildungsinstitutionen eigentlich für junge Leute anbieten. Da kamen dann oft so absurde Themen heraus, wie 'Gehen lernen auf Stöckelschuhen', 'Schminktechniken' und dergleichen mehr. Das ist die Realität. Das hängt natürlich damit zusammen, dass offensichtlich viele derjenigen, die das Bildungsprogramm

organisieren und zu verantworten haben, dieses jugendliche Lebensgefühl nicht mehr haben. Also mein Wille wäre es, das einzustellen. Es gibt auch noch andere gute Gründe, dies zu tun. Damit wären viele Sorgen, die ich für dieses Fach habe, behoben.

Wolfgang Sander: Dem stimme ich völlig zu. Deswegen würde ich ergänzend mit den Millionen, die ich übrig habe, damit anfangen, professionelle Studiengänge zu entwickeln, die wirklich eine professionsorientierte Ausbildung für das Fach ermöglichen. Ich würde darüber hinaus eine Menge Geld investieren, damit auch das Marketing der politischen Bildung ein bisschen professioneller wird.

Helle Becker: Das waren jetzt sehr persönliche und versöhnliche Schlussworte. Vielen Dank Herr Hüfer, vielen Dank Herr Sander.

Politische Jugendbildung als integrative Aufgabe im Kontext von Familie, Schule und Beruf

Renate Schmidt – Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

*Sehr geehrter Herr Dr. Eich,
sehr geehrter Herr Länge,
sehr geehrte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von ARBEIT UND LEBEN,
sehr geehrte Herren und Damen,*

Der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN hat mit seinem Thema „Politische Bildung: Die Zukunft einer Profession“ sich nichts weniger zur Aufgabe gemacht, als die Politische Bildung fit für das Dritte Jahrtausend zu machen, an dessen Anfang wir heute stehen.



Renate Schmidt

Niemand stellt die Bedeutung der politischen Bildung für die demokratische und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes und der Menschen in Frage. Es treten aber durchaus Meinungsverschiedenheiten bei der Frage auf, in welchem Umfang und in welcher Richtung sich politische Bildung erneuern sollte.

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten Jahre – ich nenne als Beispiel die Globalisierung – sind an der politischen Jugendbildung nicht spurlos vorbei gegangen. Politische Bildung konzentriert sich längst nicht mehr auf den politischen

Prozess im engeren Sinne, d.h. auf den Staat sowie die Institutionen und Akteure des politischen Systems. Sie ist dabei, ihren Spielraum zu erweitern und das Politische in der Alltagswelt, in der Arbeit, in der Freizeit sichtbar zu machen.

Die Komplexität der Macht- und Repräsentationsstrukturen, die ökonomischen Automatismen und die erlebnisorientierte und individualisierte Perspektive der Bürger – all das ruft nach neuen Ansätzen, die die politischen, sozialen und kulturellen Aspekte in der Lebenswirklichkeit der Menschen aufgreifen müssen, um sie erklärbar zu machen, mit dem Ziel der politischen und kulturellen Emanzipation junger Menschen. Familie und Schule alleine können das nicht mehr leisten.

Und politische Jugendbildung kann nicht länger – wie in der Vergangenheit häufig geschehen – als ein zwar wichtiger, aber isolierter Bereich neben Familie, Schule und Beruf existieren. Wir müssen uns angewöhnen, politische Bildung im Zusammenwirken mit den Rahmenbedingungen zu sehen, wie sie von Familie, Schule und Beruf vorgegeben werden.

Diese Diskussion wird schwierig, insbesondere wenn man bedenkt, dass selbst die Bildungsdiskussion, also ein Schicksalsthema für unser aller Zukunft, unter mangelnder Anteilnahme der Bürger und Bürgerinnen unseres Landes leidet.

So wurden die Ergebnisse der Pisa-Studie von nur 21 Prozent der Bevölkerung und 32 Prozent der Eltern von Schulkindern verfolgt. Andere Themen bewegen die Menschen mehr: die wirtschaftliche Lage, die Reformen der sozialen Sicherungssysteme und die Entwicklung von Steuern und Abgaben.

Aber auch wenn es um die innere Verfassung der Schule geht, gehen die Bewertungen weit auseinander. Zwar halten 78 Prozent die Vermittlung einer guten Allgemeinbildung für besonders wichtig, aber nur jeder und jede vierte (25 Prozent) das Verständnis von ökonomischen und politischen Zusammenhängen. Dies war im übrigen auch der Grund, weshalb ich die Behandlung des Geldes im Unterricht angeregt habe. Es wurde dann immer gekontert, man könne nicht noch ein Fach in der Schule einführen.

Dies ist auch nicht meine Absicht: Ich möchte, dass das Thema Geld in den bestehenden Fächern inte-

griert wird, damit die Menschen in Zukunft besser auf den Umgang mit Geld vorbereitet werden als in der Vergangenheit.

Die Menschen glauben nicht – auch das ein Ergebnis der Umfrage – dass sich Schulen heute dem Erziehungsauftrag stellen. Aber auch die Entwicklung in den Familien macht es zunehmend fraglich, ob Familien ihren ureigensten Auftrag, nämlich junge Menschen zu erziehen, nachkommen können.

Denn von den gesellschaftlichen Veränderungen sind vor allem auch die Familien betroffen. Immer mehr Erwachsene leben allein, zusammen mit einem oder mehreren Kindern; aber es fehlt an Kinderbetreuungsplätzen. Im Vergleich zum Ausland, z.B. Frankreich, wo die Ganztagschule flächendeckend angeboten wird, haben wir einen enormen Nachholbedarf. Es geht nicht an, dass wir hier noch länger Schlusslicht in Europa bleiben. Eltern teilen ihr Recht, berufstätig sein zu können, weil wir keine ausreichenden Kindergartenangebote machen.

Aus diesem Grund lege ich Wert auf den Ausbau der Kinderbetreuung und habe dafür gesorgt, dass aus den Einspargewinnen bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe ab 2005 jährlich bis zu 1,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung verwendet werden.

In diesen Rahmenbedingungen eine neue Qualität zu erreichen dient auch unser Ziel, die Ganztagschule in den nächsten Jahren weiter auszubauen und den Kindern einen Ort über die Mittagszeit hinaus zu belassen, wo sie solange bleiben können, wie die Eltern ihrem Beruf nachgehen. Der Bund investiert hier insgesamt 4 Milliarden Euro bis 2007.

Wir hängen in Deutschland einem Begriff von Bildung nach, der zu häufig noch allein mit Schule verbunden ist. Dies ist zu kurzfristig. Denn, ob die soziale Integration des jungen Menschen in die Gesellschaft gelingt, beruht ebenso auf Bildungsprozessen in Familien sowie den Einrichtungen zur Kinder- und Jugendhilfe, der beruflichen Bildung und nicht zuletzt der politischen Bildung.

Nach meinen Vorstellungen wird mit der Ganztagschule ein Lernort geschaffen, der im Idealfall durch Schule, Jugendhilfe sowie dem bürgerlichen Engagement gemeinsam verantwortet werden kann. Ein lediglich auf Kooperation angelegtes Ver-

ständnis greift hier zu kurz; denn Kooperation allein würde bestehende Formen und Unterschiede zementieren sowie die Letztverantwortlichkeit der Schule in den bestehenden Strukturen belassen. Die Ganztagschule kann diese Verhältnisse ändern. Die Kinder- und Jugendhilfe muss sich von ihren Bedenken gegenüber Schule lösen, ihre Vorurteile abbauen und ihr Selbstverständnis im pädagogischen Handeln auf die neue Schule ausrichten.

Was wir also brauchen, ist eine Gleichgewichtigkeit von Familie, Schule und Beruf, in der die politische Bildung eine wichtige Rolle für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft spielt.

Vor diesem Hintergrund unterstütze ich das besondere Anliegen von ARBEIT UND LEBEN, Jugendliche anzusprechen, die auf Grund ihrer besonderen Lebens- und Lernbiographien als bildungsungewohnt und bildungsbenachteiligt gelten und unter den gegebenen Bedingungen den Weg in Einrichtungen der außerschulischen Jugendbildung nur schwer finden können.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, Ihnen für Ihr Engagement in den neuen Bundesländern zu danken. Nach wie vor befinden sich die neuen Bundesländer in einer schwierigen Phase der Transformation, die die Politische Bildung herausfordert, vor allem dort, wo es um die Neuorientierung der jungen Menschen geht. Vor allem die Politische Bildung muss auf Wert- und Sinnfragen Antworten finden; Antworten, die mit Jugendlichen in den neuen Bundesländern selbst erarbeitet werden.

Eine Weiterführung der Diskussion verspreche ich mir auch vom 12. Kinder- und Jugendbericht, der im Frühjahr 2005 zum Thema „Bildung und Erziehung außerhalb der Schule“ vorgelegt werden soll.

Meine sehr geehrten Herren und Damen,

das Thema „Evaluation“ steht heute ganz oben auf Ihrer Tagesordnung und ich bin gespannt, was die von den Professoren Schröder und Böhnisch ins Werk gesetzte Evaluation zeigen wird.

Für mich kann kein Zweifel darüber bestehen, dass Politische Bildung eine permanente Aufgabe werden muss, und zwar der Zuwendungsempfänger und der Zuwendungsgeber. Insofern sind die Instrumentarien, die in den letzten Jahren entwi-

ckelt wurden, zwar zielführend, aber letztlich noch nicht ausreichend.

Zu einer Diskussion über strukturelle Veränderungen der Kinder- und Jugendförderung gehört ganz sicherlich die Frage, was der Sozialstaat heute eigentlich ist und was seine Aufgaben sind. Der Sozialstaat hat die originäre Aufgabe, strukturelle Risiken und individuelle Notlagen durch gezielte Hilfen aufzufangen für diejenigen, denen Selbsthilfe nicht möglich ist. Hier darf es keine Privatisierung geben.

Gerecht ist heute, was neue Chancen und neue ökonomische Dynamik ermöglicht und was den Zusammenhalt der Gesellschaft festigt.

Es geht um ein neues Verständnis von Sozialstaat, in dessen Mittelpunkt nicht finanzielle Transferleistungen, sondern die Möglichkeit stehen, an Bildungschancen wie am Erwerbsleben teilnehmen zu können. Es geht weiter darum, die Rechte des oder der Einzelnen gegenüber dem Staat und die daraus resultierenden Pflichten genauso neu auszutarieren wie die notwendige staatliche und die eigene Verantwortung.

Deshalb unterstütze ich die Reformvorhaben der Agenda 2010 ausdrücklich. Aus meiner Sicht sollten zwei Gedanken handlungsleitend sein: Erstens, Gesellschaftspolitik darf sich nicht in Sparpolitik erschöpfen. Es müssen Grundlinien und Richtungen eines investiven Sozialstaats sein. Zweitens, es dreht sich nicht allein um staatliche Verantwortung. Es geht um *gemeinsame* Verantwortung, die zu vielfältigen Allianzen führen muss.

Wenn wir diese Grundlinien auf die Politische Bildung und die Maßnahmen des Bundesjugendplans herunterbrechen, dann stehen wir vor einer Reform, die dem Motto „von der Quantität zur Qualität“ folgen wird. In Zukunft sollten wir vor allem Maßnahmen fördern, für die vorher in einer Ziel-

und Evaluationsvereinbarung schriftlich unter anderem festgelegt wurde, welche Ziele angestrebt und wie sie erreicht werden sollen. Ein Controlling soll die Maßnahmen ergänzen, so dass im Laufe der Programme die Reformen durchgeführt werden können.

An der Schnittstelle von Familie, Schule und Beruf muss politische Bildung auf drei Eckpfeilern aufbauen, wenn sie auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen will:

Auf der einen Seite geht es darum, junge Menschen fit für ihr Leben zu machen; es geht um die Frage der sozialen Integration und der Lebensbewältigung, um ihnen die innere Teilnahme und aktive Beteiligung am sozialen Geschehen und die Integration in Ausbildung und Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Auf der anderen Seite geht es um die eigene autonome „Persönlichkeit“, um Identitätsfindung und die Entwicklung einer selbstbestimmten Form der Lebensführung, einer sozialen, emotionalen und ökonomischen Autonomie, die zentrale Markierungspunkte im Koordinationssystem der Sozialisation sind.

Und schließlich geht es auch darum, über neue, anregende, entdeckende Methoden der Zusammenarbeit das Lernen zu lernen.

Alle diese Aufgaben und Funktionen lassen sich als Schlüsselthemen einer Jugendarbeit auf dem Weg in ihre eigene Zukunft identifizieren. Demzufolge wäre die Spezialisierung auf nur eines dieser Themen kurzschlüssig und ausgesprochen kontraproduktiv. Die politische Jugendbildung ist vielmehr eins mit den Aufgaben, die in der Familie, in der Schule und im Beruf bewältigt werden müssen.

Vielen Dank für Ihre Beiträge und Ihr Engagement und für Ihre Aufmerksamkeit am Ende Ihrer Tagung.

